



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

68. Sitzung (Sondersitzung)

3. Wahlperiode

Montag, 24. September 2001, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner und Vizepräsidentin Renate Holznagel

Inhalt

	Antrag der Fraktion der CDU: Aktuelle Vorgänge im Ministerium für Arbeit und Bau, im Justizministerium und in der Staatskanzlei sowie die Situation der Arbeitsmarktpolitik – Drucksache 3/2298 – 4368
Mitteilungen des Präsidenten 4368	Eckhardt Rehberg, CDU 4368, 4397 Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff 4372 Minister Helmut Holter 4374 Dr. Ulrich Born, CDU 4379
Genehmigung der Tagesordnung 4368	Volker Schlotmann, SPD 4390 Peter Ritter, PDS 4395
	B e s c h l u s s 4398
Aktuelle Vorgänge im Ministerium für Arbeit und Bau, im Justizministerium und in der Staatskanzlei sowie die Situation der Arbeitsmarktpolitik 4368	Nächste Sitzung Mittwoch, 17. Oktober 2001 4398

Beginn: 10.15 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 68. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der 68. Sitzung liegt Ihnen vor und ist beschlossen. Die Fraktion der CDU hat gemäß Paragraph 35 unserer Geschäftsordnung die heutige Sondersitzung beantragt.

Ich rufe auf den einzigen **Tagesordnungspunkt:** Aktuelle Vorgänge im Ministerium für Arbeit und Bau, im Justizministerium und in der Staatskanzlei sowie die Situation der Arbeitsmarktpolitik. Hierzu liegt Ihnen ein Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2298 vor.

Aktuelle Vorgänge im Ministerium für Arbeit und Bau, im Justizministerium und in der Staatskanzlei sowie die Situation der Arbeitsmarktpolitik

**Antrag der Fraktion der CDU:
Aktuelle Vorgänge im Ministerium für Arbeit und Bau, im Justizministerium und in der Staatskanzlei sowie die Situation der Arbeitsmarktpolitik
– Drucksache 3/2298 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 240 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir als Politiker sind regelmäßig wenigstens alle vier Jahre aufgefordert, unsere Leistungsbilanz vorzulegen und zu dokumentieren, was wir geschafft haben, wo es noch Defizite gibt und wo neue Herausforderungen liegen, wie unsere Programmmentwürfe für die kommenden vier Jahre aussehen.

1998 haben gerade SPD und PDS die Messlatte hoch gelegt und verkündet, an den Arbeitslosenzahlen mögen wir sie richten. Seit dieser Zeit, seit November '98 erleben wir nun Monat für Monat anlässlich der Veröffentlichung der Arbeitslosenzahlen, dass diese Landesregierung ihren eigenen Maßstäben nicht gerecht wird. Stattdessen vollbringen Sie die größten sprachlichen Kunststücke, um diese Situation angesichts des nächsten Bilanztermins im September 2002 wenigstens schönzureden.

Doch, meine Damen und Herren, die schönsten Formulierungen vermögen es nicht, die nackten Zahlen zu bedecken. Während wir im August 1998 noch 613.100 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte hatten, waren es 2000 im gleichen Zeitraum 26.500 weniger. Dramatisch ist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Allein im August 2001 stieg die Quote im Vergleich zum Vorjahresmonat von 17,4 auf 17,9 Prozent an. Im August 1998 lag sie noch bei 17,5 Prozent. Man muss also bereits heute feststellen, dass Sie angesichts Ihres eigenen Maßstabes gescheitert sind. Übrigens, meine Damen und Herren, Sie wollten 20.000 Arbeitslose weniger haben.

Über diese Bilanz, für die hauptverantwortlich neben dem Regierungschef sein zuständiger Ressortchef und Stellvertreter Helmut Holter zeichnet, würden normalerweise erst im kommenden Jahr die Wählerinnen und

Wähler entscheiden. Dass diese Regierung sachlich und fachlich nicht in der Lage ist, die Probleme des Landes zu lösen, ist für uns als CDU keine Überraschung, so dass wir unter normalen Umständen zu der heutigen Sondersitzung nicht zusammengekommen wären.

Meine Damen und Herren, Inkompetenz allein führt in der Regel nicht zu Abwahanträgen, wie wir ihn zur heutigen Sitzung stellen mussten. Nein, Herr Holter, bei Ihrer Amtsführung gesellt sich heute anscheinend zur fachlich falschen Schwerpunktsetzung ein Geflecht aus unüberschaubarer Personalpolitik, persönlichen Abhängigkeiten von leitenden Mitarbeitern Ihres Hauses mit Empfängern von Steuermitteln und Verstößen gegen Ausschreibungsvorschriften. Deshalb haben wir eine Grenze erreicht, die das Einschreiten des Parlaments verlangt. Es ist schon unverantwortlich, dass Sie den Arbeitsuchenden im Land mit Ihrer falschen Politik Zukunftschancen verbauen. Wenn diese Menschen jetzt aber auch noch erleben müssen, dass im Arbeitsministerium Vetternwirtschaft und Ehefrauenaffären herrschen, man sich quasi auf Kosten der Arbeitslosen bereichert,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Frechheit!)

dann ist dies ein Schlag ins Gesicht, der unerträglich ist, der verlangt, dass der Arbeitsminister sich erklärt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, Frau Gramkow, eine Frechheit ist dies nicht. Rechnen Sie mal genau nach, was von den 110 Millionen Mitteln aus dem AQMV wirklich übrig bleibt für aktive Arbeitsmarktpolitik oder wie viel herausgehen, wie zum Beispiel die 70.000 DM für eine Ausschreibung,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Jaja, die CDU mit ihren Rechenkunststücken.)

oder wie viele Firmen für so genannte technische Hilfeleistungen kassieren – und ich komme noch zum Detail – oder wenn Verträge abgeschlossen werden, wo laut Vertrag zwei Personen beschäftigt sind und 343.000 DM im Jahr gezahlt werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie haben aber von persönlicher Bereicherung gesprochen. Das ist etwas anderes.)

Ich habe davon gesprochen, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Da habe ich genau zugehört.)

Frau Kollegin, ich habe nicht von persönlicher Bereicherung gesprochen.

(Angelika Gramkow, PDS: Lesen Sie mal Ihre Rede nach!)

Ich habe gesagt, dass man sich quasi auf Kosten der Arbeitslosen bereichert,

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

und ich habe überhaupt noch nicht das Thema angeschnitten, wie erfolgreich denn die Aktivitäten dieser so genannten Beratungsfirmen sind. Gibt's denn überhaupt eine Erfolgskontrolle deren Arbeit? Ich habe bisher noch keine an keiner Stelle gesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordnete von SPD und PDS, ich frage Herrn Holter, schon heute und nicht erst in einem Jahr:

Erstens. Wie fühlt sich ein Minister, der es maßgeblich mit zu verantworten hat, dass heute rund 15.000 Arbeitslose mehr zu verzeichnen sind als bei seinem Amtsantritt?

Zweitens. Wie fühlt sich ein Minister, der es mit zu verantworten hat, dass die Ausgaben für Sozialhilfe bei den Landkreisen und kreisfreien Städten in Mecklenburg-Vorpommern im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber 2000 um 12,5 Prozent gestiegen sind?

Drittens. Wie fühlt sich ein Minister, der die Einschnitte der Bundesregierung bei Maßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt erst ignorierte und dann nicht verhindert hat?

Viertens. Herr Holter, was sagen Sie einem gerade entlassenen Bauarbeiter, der Ihnen vorhält, die beschäftigungswirksame Städtebauförderung allein in den nächsten beiden Jahren um 5,75 Millionen Euro zu kappen, gleichzeitig aber in diesem Jahr über 23,5 Millionen Euro für den ÖBS und für „Jugend baut“ übrig zu haben?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Dr. Ulrich Born, CDU)

Was sagen Sie dem Arbeitslosen aus einer Branche, die allein im ersten Halbjahr 2001 17,3 Prozent weniger Beschäftigte aufzuweisen hat als im Vorjahr? Meine Damen und Herren, 23,5 Millionen Euro für einen „Beschäftigungssektor“, der nicht einmal nach eigenen Angaben 400 Beschäftigte hat. Dieses Geld eingesetzt im Städtebau wäre insgesamt eine Investitionssumme von Minimum 120 Millionen Euro, in DM 240 Millionen. Das ist Politik, die Sie machen. Das ist keine Politik im Interesse des Landes, sondern das ist pure Klientelpolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Sehr richtig.)

Fünftens. Herr Arbeitsminister, was sagen Sie zum Finanzchaos im Programm AQMV, wo von einer ausgewogenen Planung bei der Ausgabe von Mitteln schon lange keine Rede mehr sein kann, so dass zum Jahresende ein schwarzes oder, soll ich besser sagen, ein rot-rotes Loch in diesem Bereich droht? Was sagen Sie dazu, dass Ende Juni 2001 nur noch 17 Millionen Euro ungebunden zur Verfügung standen, was einem Programmanteil von gerade einmal 13,6 Prozent entspricht? Ist das kontinuierliche Politik, kontinuierliche Ressortpolitik?

Sechstens. Was sagen Sie zur völlig überraschenden Einstellung des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“ und der dadurch verursachten Planungsunsicherheit und finanziellen Belastung bei den Kommunen? Wollten Sie nicht, meine Damen und Herren von SPD und PDS, Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit?

Siebtens. Herr Bauminister, was sagen Sie dazu, dass sich die Finanzministerin die Einnahmen aus den Rückflüssen der Wohnungsbaudarlehen unter den Nagel reißt,

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Ihnen die Mittel quasi vorenthält und sich auf Ihre Kosten, Herr Holter, dafür noch als Sparministerin feiern lässt?

Und achtens. Herr Holter, haben Sie einmal in Ihrem Haushalt nachgeschaut, wie viele Mittel Sie in der Städte-

bauförderung in der Jahresscheibe 2002 für Neubewilligungen zur Verfügung haben? Wenn Sie's bisher nicht getan haben, ich will es Ihnen verraten: Es sind 2,05 Millionen Euro. Noch einmal die anderen Zahlen zur Gegenüberstellung: 23,5 Millionen Euro für den ÖBS und „Jugend baut“ und rund 60 Millionen Euro an Einnahmen aus den Kapitalrückflüssen. Meine Damen und Herren, das ist rot-rote Finanz- und Arbeitsmarktpolitik.

Neuntens. Und, Herr Holter, wo sind Ihre Erfolge gegen die Abwanderung, gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit und gegen die bedenklich steigende Anzahl von Langzeitarbeitslosen, die mittlerweile immerhin einen Anteil von 33 Prozent ausmachen?

Zehntens. Herr stellvertretender Ministerpräsident, was ist Ihre Alternative zur Installation eines Modellprojektes Kombilohn? Siegt die Ideologie wieder einmal über die Vernunft?

Elftens. Herr Holter, was sagen Sie den 9.600 Jugendlichen, die Ende Juli dieses Jahres noch einen Ausbildungsplatz suchten, und das bei nur noch 3.700 gemeldeten unbesetzten Stellen, im Übrigen, 1.020 weniger als im letzten Jahr? Randbemerkung: Und das, obwohl ein kompletter Abiturientenjahrgang fehlt.

Zwölftens. Herr Holter, ich frage Sie weiter: Sollte nicht auch die Arbeitsmarktpolitik ähnlich der Wirtschaftspolitik eine gewisse Stetigkeit aufweisen? Wenn dem aber so ist, warum erhöhen Sie dann die Ansätze im Haushalt in 2002 um 9,1 Millionen Euro, um sie dann nach der Landtagswahl um 5,1 Millionen herunterzufahren? Herr Minister, das ist keine lösungsorientierte Arbeitsmarktpolitik.

Dreizehtens. Herr Holter – und das gehört für mich zu den ganz originären Aufgaben eines Ministers, einer täglichen Arbeit in einem Ressort –, haben Sie sich einmal Ihren Mittelabfluss bei den 8er Titeln angeschaut? Das sind genau die Titel, wo es sich entscheidet, was Sie beschäftigungspolitisch wirklich auf dem ersten Arbeitsmarkt bewegen. Und was stelle ich dort fest: ein Desaster ohne Ende! Herr Arbeitsminister, haben Sie auch nur den Bruchteil einer Sekunde überlegt, was Sie vor Ort für ein Planungschaos anrichten, wenn zum 31. August dieses Jahres kaum glaubliche 63,8 Prozent der Investitionsausgaben, meine Damen und Herren, noch nicht abgeflossen sind? Zwei Drittel sind in den ersten acht Monaten dieses Jahres bei Herrn Holter nicht abgeflossen, obwohl der Haushalt für 2001 im Dezember 2000 verabschiedet worden ist!

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Herr Holter, legen Sie hier diesem Parlament, legen Sie uns – dem Parlament sind Sie Rechenschaft schuldig, dem Land sind Sie Rechenschaft schuldig – dar, warum das bei Ihnen so ist, 64 Prozent nicht abgeflossene Mittel! Glauben Sie allen Ernstes, dass die Kommunen und sonstigen Empfänger dieses so ohne weiteres überbrücken und vorfinanzieren können? Das wollen Sie uns wirklich weismachen? Ist es beschäftigungssichernd oder gar -fördernd, wenn kein Mensch mehr weiß, ob und wann die notwendigen Fördergelder fließen? Ist das eine verlässliche und stetige Politik, die Vertrauen schafft? Nein, sie ist es nicht.

Deshalb brauchen wir einen Minister, der sich um das kümmert, wofür ihn die Menschen gewählt haben, nämlich den Abbau der Arbeitslosigkeit, und nicht darum, seine Haut zu retten. Denn noch nicht einmal, Herr Holter,

das machen Sie richtig. Haben Sie uns nicht allein im Anschluss an Ihre berühmte Innenrevision wissen lassen, dass alles in bester Ordnung sei? Nein, hieß es da, es habe keinen Einfluss auf die Förderpolitik gegenüber SBW, wenn die Geschäftsführerin mit dem Staatssekretär verheiratet ist. Nur, warum verlor dann dieser Staatssekretär seinen Job? Nein, wurde uns versichert, es habe keinen Einfluss, wenn die Gattin des Ministers in dieser Firma tätig ist. Nur, warum musste sie dann kündigen? Und nach heutigen Meldungen besonders wichtig, Herr Holter: Ist es richtig, dass Sie schon 1999 dem Landesrechnungshof zugesagt haben, sich um diese Angelegenheit zu kümmern? Nein, es wurde ausgeschlossen, dass durch Doppelfunktion des zuständigen Mitarbeiters die kontrollierende und bewilligende Zuständigkeit in einer Hand liege. Nur, warum wurde diese Doppelfunktion dann aufgehoben? Meine Damen und Herren, drei Leute verloren ihren Job, weil alles in Ordnung ist? Verloren nicht eher drei Leute ihren Job, Herr Holter, um den Ihrigen zu retten?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Doch, Herr Holter, mit diesen Bauernopfern sind Sie noch nicht am Ende:

Erstens. Wie erklären Sie, dass noch nicht einmal Ihre eigene Innenrevision schriftliche Dokumente auffinden konnte, die den Verdacht widerlegen, dass der ehemalige Geschäftsführer der BBJ bei der Vereinbarung des Millionenvertrages zur technischen Beratung Ihres Ministeriums durch eben diese BBJ nach seinem Wechsel in das Ministerium für Arbeit und Bau auf beiden Seiten der Vertragsverhandlungen tätig war? Selbst Ihr eigener Bericht der Innenrevision vom 23. August dieses Jahres sieht eine grobe Missachtung der Dokumentationspflicht. Eine übliche verwaltungstechnische und rechtliche Dokumentation des Vergabeverfahrens liege danach bislang nicht vor. Insbesondere die beiden Schlüsselentscheidungen, die Ausschreibung aufzuheben und die Erteilung des Zuschlages nach weiterer Prüfung der Wirtschaftlichkeit, seien entweder nicht ausreichend oder gar nicht begründet und dargelegt worden. Die Entscheidungen könnten auf der Grundlage der vorhandenen Aktenlage und Dokumentation im Nachhinein nicht vollständig nachvollzogen werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jeder kleine
Bürgermeister würde für so etwas gerüffelt.)

Zweitens. Wie erklären Sie die willkürliche und rechtswidrige Laufzeitverkürzung für den Großauftrag mit der BBJ Agentur für transnationale Arbeitsmarktpolitik im Ostseeraum? Auch hier zeigt Ihr eigener Revisionsbericht auf, wie scheinbar wissentlich und vorsätzlich gegen geltendes Recht verstoßen wurde. Ich zitiere aus dem Bericht, Vermerk der Grundsatzabteilung vom 8. März 2001: „Abweichend von den Vorstellungen der Abteilung VIII 5 rate ich zu einer EU-weiten Ausschreibung, weil der Gesamtauftragswert des Auftrages nach meiner Einschätzung die in der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) festgelegten Schwellenwerte überschreitet und damit eine Anwendung des Abschnittes 1 der VOL Teil A ausgeschlossen ist.“ Und weiter: „Die im Februar 2001 erfolgte Verkürzung der Vertragslaufzeit diene erkennbar dem Ziel, die Vergütung unterhalb den maßgeblichen Schwellenwert zu drücken.“ Meine Damen und Herren von SPD und PDS, ich wieder-

hole: „Die im Februar 2001 erfolgte Verkürzung der Vertragslaufzeit diene erkennbar dem Ziel, die Vergütung unterhalb den maßgeblichen Schwellenwert zu drücken.“ Zitatende. Herr Holter, wen werden diese Vorgänge ihre Jobs kosten? Die Innenrevisoren oder den derzeitigen stellvertretenden Abteilungsleiter?

Drittens. Und im heutigen „Spiegel“ nun noch dies: Da tauchen Aktenordner auf, die belegen sollen, dass Sie vor Vertragsbindung mit der BBJ Kenntnis von Grundstücksgeschäften der BBJ in Belgien hatten und dennoch nicht handelten. Herr Holter, wen werden Sie dafür entlassen? Den Archivar?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU)

Nein, Herr Holter, mittlerweile haben genug Staatssekretäre, Ehefrauen und Referatsleiter ihre Jobs verloren. Wir können nicht die gesamte Landesverwaltung opfern, nur damit Sie Ihr schönes Ministerbüro behalten und die Koalition keinen weiteren Ansehensverlust erleidet. Wenn Sie im Amt bleiben, wird vielleicht die Koalition bis zu den Wahlen durchhalten, aber der Schaden, den das Land bis dahin nehmen würde, der wäre zu groß.

(Dr. Berndt Seite, CDU: So ist es.)

Sie haben Ihre Chance gehabt. Sie haben zunächst den Unwissenden gespielt, dann den Aufklärer und zuletzt noch das Opfer einer angeblichen CDU-Kampagne.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Barbara Borchardt, PDS:
Also so angeblich ist das nicht.)

Meine Damen und Herren, als ob vier Leserbriefe eine Kampagne ausmachen würden. Sie scheinen unseren Einfluss auf journalistische Arbeit maßlos zu überschätzen.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Volker Schlotmann, SPD:
Angriff ist die beste Verteidigung. –
Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Sie haben Ihre Chance nicht genutzt, reinen Tisch zu machen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es Zeit, die Serie der Notopfer zu beenden. Wenn Sie politischen Anstand hätten, wären Sie längst gegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Spätestens als die Staatskanzlei die Stasivergangenheit Ihres wichtigsten Mitarbeiters in der Arbeitsmarktpolitik auf die Tagesordnung setzte, hätte Ihnen klar sein müssen, dass selbst Ihr engster Freund sich vorsichtshalber schon auf die Nach-Holter-Ära einstellt.

Meine Damen und Herren, das Heft des Handelns hat aber auch Harald Ringstorff nicht in der Hand, sonst hätte er Sie bereits entlassen. Oder, Herr Ministerpräsident, können Sie diesen Schritt nicht gehen, weil Sie sich in Kenntnis des Berichtes der Innenrevision vor Ihren Arbeitsminister gestellt haben? Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Seit wann kennen Sie diesen Bericht und warum handeln Sie nicht? Sie ergehen sich dafür – wie am 4. September, aber das ist bei Ihnen nichts Neues – in Beschimpfungen gegenüber der Opposition und erklären auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Herrn Holter: Es ist erklärte Oppositionsstrategie von Herrn Rehberg, mit Kleinen Anfragen die Landesregierung lahm zu legen.

Herr Ministerpräsident, seit wann haben Kleine Anfragen eine Landesregierung lahm gelegt?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Der Richtige guckt schon.)

Falls Sie sich die Mühe gemacht hätten, wie ich es getan habe, hätten Sie festgestellt: In den ersten vier Jahren haben SPD und PDS 1.247 Kleine Anfragen gestellt, in der zweiten Wahlperiode die PDS alleine 730. Die CDU hat es bis jetzt auf 466 gebracht.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wir sind doch auch immer beschimpft worden, dass wir die Regierung lahm legen. – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Barbara Borchardt, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, wir werden uns von Ihnen unser verfassungsmäßiges Recht, Kleine Anfragen zu stellen, nicht verbieten lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Haben Sie es nicht ein bisschen größer, Herr Rehberg?)

Wissen Sie, Herr Schoenenburg, Sie haben es ja auch geschafft, beträchtlich Kleine Anfragen zu stellen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich?)

In den letzten vier Jahren waren es allein 53. Da reiche ich mit meinen 37 noch lange nicht ran, da habe ich noch ein bisschen Zeit.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie sind nicht ganz so fleißig wie ich. Das mag wohl sein. – Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihre Strategie ist durchsichtig.

(Gerd Böttger, PDS: Ist das hier ein Wettbewerb? Dann mache ich auch noch mit. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Seien Sie nicht so neidisch!)

Ach, Herr Böttger, ganz schlecht sind Sie auch nicht gewesen. Die Zahlen habe ich auch noch dabei.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das tröstet uns aber.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

(Siegfried Friese, SPD:
Worüber reden wir hier eigentlich?)

Wir reden darüber, Herr Friese,

(Wolfgang Riemann, CDU: Über Kleine Anfragen. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sozialistischer Wettbewerb. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

dass uns ein Ministerpräsident unser Recht streitig machen will, Kleine Anfragen zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Siegfried Friese, SPD: Das ist völlig daneben.)

Wir reden über die Handlungsunfähigkeit und das sehen Sie insbesondere am Mittelabfluss. Und das ist für mich Beweis genug der politisch fachlichen Inkompetenz von Herrn Holter. Wer es nicht schafft, bis Ende August mehr als zwei Drittel in der Kasse zu behalten

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

oder umgekehrt nur ein Drittel auszugeben, der muss sich doch fragen, ob er den Titel Bauminister und Minister für den Arbeitsmarkt gerechtfertigterweise noch führen kann, der muss sich doch wirklich fragen, wie verstehe ich meine Verantwortung.

(Angelika Gramkow, PDS: Haben Sie sich jemals mit den vorliegenden Zahlen der letzten zehn Jahre beschäftigt, Herr Rehberg?)

Aber auf der anderen Seite ist er in dubiose Machenschaften ohne Ende verstrickt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Es wäre gut, er würde sich mal im Haushaltsausschuss sehen lassen, damit er weiß, wovon er redet.)

Wissen Sie, Frau Gramkow, die Zahlen, die sind Tatsachen,

(Angelika Gramkow, PDS: Seit zehn Jahren ist das so! – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

das sind die Beweise.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das können wir doch im Januar beschließen.)

Und, Herr Ritter, wenn Sie sagen, die CDU habe keine Beweise, dann lassen Sie mich noch eins anmerken:

(Angelika Gramkow, PDS: Seit zehn Jahren ist das so. Das hat nämlich was mit Haushaltsvollzug und -ablauf zu tun.)

Ja sicher.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Nun überfordere mal Herrn Rehberg nicht!)

Im letzten Jahr zur gleichen Zeit waren nur 44 Prozent nicht ausgegeben. Also ich habe den Eindruck,

(Angelika Gramkow, PDS: Und zum Jahresende?)

je mehr sich Herr Holter mit seinen Vorgängern im Ressort befassen muss,

(Angelika Gramkow, PDS:
Herr Rehberg, zum Jahresende?)

desto weniger ist er in der Lage, sachgerechte Politik zu machen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und weil er dazu nicht in der Lage ist, Herr Böttger, sollten Sie heute die Hand für unseren Antrag heben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Gerd Böttger, PDS: Jaja!)

Herr Ritter, Sie haben Beweise gefordert. Ich will nur einen einzigen hier beiziehen. Wie finden Sie den Zusammenhang, wenn ein Referatsleiter im Arbeitsministerium am 8. Januar 2001 schreibt: „In diesem Zusammenhang stellt sich für mich die Frage, auf welcher Rechtsgrundlage die Firma BBJ Servis GmbH bisher für das Ministerium in diesem Bereich tätig geworden ist. Ebenso ist fraglich, in welchem Umfang bereits eine vertragliche Verpflichtung zur Leistungserbringung durch die Firma BBJ Servis GmbH besteht.“? Er führt hier weiter aus, dass nach sei-

ner Auffassung der Vertragsentwurf die Mitwirkungspflichten des Auftraggebers nicht ausreichend definiert und so weiter und so fort. Und darauf antwortet ein paar Tage später der stellvertretende Abteilungsleiter Arbeitsmarktpolitik Herr Klinger ganz direkt: „Soweit im Auftrag des Arbeitsministeriums agiert wurde, sind seitens BBJ nach meinem Wissen Einzelrechnungen gelegt worden.“ Das Wissen holt er sich übrigens nicht aus dem Arbeitsministerium, sondern dieses Wissen holt er sich, ich zitiere weiter: „Dies betrifft nach Rücksprache mit Frau Bötzel, BBJ, Rechnungen über drei Tagessätze im Februar 2000 und diverse andere Einzelrechnungen.“ Meine Damen und Herren, wo leben wir? Hier werden einfach Einzelrechnungen gestellt, hier werden Tagessätze fixiert, ohne dass es hier ganz offenkundig eine vertragliche Grundlage gibt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Vor allen Dingen werden sie auch noch bezahlt.)

Und weiter führt Herr Klinger zur freihändigen Vergabe aus – hören Sie gut zu, Herr Holter, weil Sie sagen, es ist alles korrekt verlaufen: „3. Einziger Grund für die freihändige Vergabe ist die ausschließliche Geeignetheit des Bieters im Kontext der bereits erbrachten Leistungen und konkreten Arbeitszusammenhänge.“ Aber scheinbar ist der Hintergrund ein ganz anderer. Er führt weiter aus: „Aktuelle Verpflichtungen im Sinne formal rechtlich abgesicherter vertraglicher Vereinbarungen bestehen nicht. Gleichwohl sind die Aktivitäten von BBJ, veranlasst durch die Hausspitze, zurzeit eingebettet in die Planungen von VIII M“, das ist der Minister.

Und, meine Damen und Herren, das ist nun für mich wirklich der dickste Hammer. Herr Klinger schreibt zur Preisgestaltung: „Nach Durchsicht des Angebotes und in Anbetracht der nach meiner Einschätzung notwendigen Organisations- und Beratungsleistungen erscheint die von der Bieterin kalkulierte Vergütung sachgerecht.“ Und jetzt kommt die Fußnote, diese müssen Sie sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen: „Meine Einschätzung“, die vom stellvertretenden Abteilungsleiter Arbeitsmarktpolitik, „gründet sich dabei weniger auf meine Erfahrungen im Rahmen der mir seit dem 1. Januar 2001 übertragenen Aufgaben von VIII 510“ – und jetzt hören Sie zu – „als vielmehr aus meiner BBJ-Innensicht.“

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist es.)

Das heißt, hier wird ein Vermerk geschrieben, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht in der Verantwortung als stellvertretender Abteilungsleiter, sondern – noch einmal gerade für Sie, meine Damen und Herren von der SPD –, „aus meiner BBJ-Innensicht“.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Was hat das mit Arbeit im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu tun? Kann mir das jemand erklären?! Kann mir das jemand von Ihnen erklären?!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Übrigens ganz nebenbei, auch wieder zum Mitschreiben, es ging hier um rund 350.000 DM Beratungsleistung. Und wenn Sie die Muße haben, gucken Sie sich den Vertrag mal ganz genau an. Hier ist keine Leistung konkret fixiert. Lediglich eins ist fixiert, dass zwei Stellen bezahlt werden. Das ist fixiert. Das heißt, man muss davon ausgehen, wenn Tagungen stattfinden, dann kommen Tagungskosten, Reisespesen, Übernachtungen und so wei-

ter noch oben drauf. Und für was, Herr Holter? Wo sind die Ergebnisse? Wofür?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Ritter, meine Damen und Herren, wollen Sie noch mehr Beweise haben? Herr Ministerpräsident, ich verlange ja gar nicht, dass Sie das selber durchgelesen haben, aber Sie müssen doch Mitarbeiter haben, die Ihnen sagen, Herr Ministerpräsident, das ist der Inhalt des Berichtes der Innenrevision. Und da stellen Sie sich vor Ihren Bauminister, in Kenntnis dieses Berichtes?! Herr Ringstorff, wenn Sie es wünschen, ich stelle Ihnen diesen Bericht zu. Dann lesen Sie ihn bitte selber und bilden Sie sich ein Urteil.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich kann Ihnen nur dringendst raten, allerdingendst raten: Lesen Sie gründlich und bilden Sie sich dann Ihre Meinung! Und denken Sie daran – darauf sind Sie mit Ihrem Amtseid verpflichtet –, Sie haben die Belange des Landes Mecklenburg-Vorpommern wahrzunehmen und nicht die Interessen von Herrn Holter und der PDS!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, das habe ich versucht deutlich zu machen, dass in der Arbeitsmarkt- und Baupolitik ein politischer Neuanfang notwendig ist. Mit diesem Minister Holter ist dies nicht zu erreichen. Ich denke, die politische Seite ist die eine Komponente. Mein Kollege Uli Born wird noch deutlicher auf die dubiosen Vorgänge im Arbeits- und Bauministerium eingehen, das ist die andere Seite.

Aus meiner Sicht, Herr Ministerpräsident, müssen Sie Herrn Holter aus beiden Gründen entlassen, denn – Herr Holter, das werfe ich Ihnen ganz persönlich vor – Sie haben hier, Sie persönlich und die PDS als Partei, eine politisch moralische Messlatte für solche Vorgänge gelegt.

(Dr. Berndt Seite, CDU: Ja.)

Wir führen nicht zum ersten Mal Debatten über Rücktrittsforderungen. Sie aber haben eine ganz, ganz hohe Latte für sich gelegt. Wie tief wollen Sie die heute legen? Möglichst unter den Meeresspiegel oder wenigstens zehn Zentimeter über dem Fußboden?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich rate Ihnen – und nur das ist moralisch glaubwürdig –, legen Sie sie so hoch, wie Sie sie auch bei anderen gelegt haben. Nur das ist politisch und moralisch glaubwürdig.

Meine Damen und Herren von SPD und PDS, Sie haben eine Verantwortung, weil Sie gewählt worden sind. Sie haben auch die Verantwortung zur Kontrolle der eigenen Landesregierung. Ich bin fest davon überzeugt, wenn Sie ein Stück innehalten, jeder für sich allein, dann können Sie dieser Verantwortung nur gerecht werden, wenn Sie unserem Antrag zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Ringstorff. Bitte sehr, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU zeigt nur eins: Diese Sondersitzung hätten wir uns eigentlich sparen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Denn, meine Damen und Herren von der CDU, dieser Antrag enthält nichts Neues, gar nichts Neues und Sie haben auch nichts vorgetragen, Herr Rehberg, was unser Land in irgendeiner Weise voranbringen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zu Ihren Vorwürfen gegen die Landesregierung nur zwei Dinge:

(Harry Glawe, CDU: Sie organisieren ja den Stillstand hier.)

Erstens gibt es bis heute nicht einen stichhaltigen Beweis dafür, dass bei der Vergabe von Fördermitteln im Arbeitsministerium rechtswidrig gehandelt worden ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Vergaberecht ist ja kein Recht, Herr Dr. Ringstorff.)

Und zweitens weiß ich nicht, was Sie mit den im Titel Ihres Antrages aufgeführten aktuellen Vorgängen in der Staatskanzlei und im Justizministerium meinen. In der Staatskanzlei und im Justizministerium wird ordentlich und nach Recht und Gesetz gearbeitet, Herr Rehberg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Das sind die Fakten. Mehr gibt es von mir zu diesen Vorwürfen heute nicht zu sagen, meine Damen und Herren von der Opposition.

Das Thema Arbeitslosigkeit ist auch viel zu ernst für parteipolitische Spielchen, wie Sie sie hier betreiben. Ich sage hier ganz deutlich, auch wir sind mit den aktuellen Arbeitsmarktdaten nicht zufrieden. Unsere Wirtschaft und unser Arbeitsmarkt befinden sich heute in einem tief greifenden Strukturwandel. Auf der einen Seite entstehen neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der Industrie, im Tourismus, auf dem Gebiet der neuen Technologien und in anderen Dienstleistungsbranchen, leider aber noch nicht genug, um den Beschäftigungsrückgang in der Bauwirtschaft und im öffentlichen Dienst auszugleichen. Und Sie wissen auch, meine Damen und Herren von der CDU, dass es sinnlos ist, bei einem Wohnungsleerstand von über 50.000 Wohnungen zusätzliche Mittel in den Wohnungsneubau hineinzupumpen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Stadtanierung, meine Damen und Herren, ja, das tun wir. Aber vorne Häuser aufbauen und hinten wieder abreißen, das ist keine seriöse Politik, die Sie fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich will auch gar nichts beschönigen, indem ich feststelle, dass zuletzt im August 2001 rund 28.000 Menschen weniger auf dem zweiten Arbeitsmarkt tätig waren als im August 1998. Aber auch das ist eine Tatsache, die Sie gelegentlich zur Kenntnis nehmen sollten.

Meine Damen und Herren, angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt kann es nur eins geben: Wir müssen den wirtschaftlichen Strukturwandel weiter beschleunigen. Und das tun wir durch den Ausbau der Infrastruktur – in den Jahren von 1998 bis 2002 werden fast sechsmal so viel Gelder für den Bau von Fernstraßen und Ortsumgehungen in Mecklenburg-Vorpommern ausgegeben wie in den

vier Jahren zuvor –, durch gezielte Förderung von Innovation und Technologie,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

durch Ausbildung und Qualifizierung von Arbeitnehmern und auch durch die weitere Beschleunigung der Fördermittelvergabe, wie sie Minister Ebnet jetzt konsequent vornimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Das ist beste Arbeitsmarktpolitik und für dieses Konzept steht die Landesregierung und für dieses Konzept steht auch der Arbeitsminister. Minister Holter hat in den letzten drei Jahren gute Arbeit geleistet und dafür möchte ich ihm an dieser Stelle ausdrücklich danken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Sie hingegen, Herr Rehberg, haben keine Konzepte.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Sie können nicht mit Geld umgehen und haben unser Land in eine horrende Verschuldung geführt.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

Wenn es noch eines letzten Beweises dafür bedurft hätte, dass die CDU hier schon seit Wochen eine Kampagne gegen Minister Holter fährt, dann hat sie dies mit ihrer peinlichen Leserbriefaktion per Fax und frei Haus selbst geliefert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Immerhin haben Sie die bestellten Leserbriefe mittlerweile als Fehler bezeichnet, Herr Rehberg, und da kann ich Ihnen ausnahmsweise mal völlig Recht geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie haben aber nur eins vergessen, Sie hätten auch Ihre Pressemitteilung vom selben Tag als Fehler bezeichnen müssen. In dieser behaupten Sie nämlich ganz nach dem Motto „Was ich selber denk und tu, das traue ich auch den anderen zu“, dass die Landesregierung Druck auf Medienvertreter ausüben würde.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie unterstellen uns sogar, wörtliches Zitat, „mit allen Mitteln die Presse- und Meinungsfreiheit einzuschränken“. Sie haben bis heute keinen einzigen Beleg für diese ungeheuerlichen Behauptungen erbringen können. Dazu sollten Sie hier einmal Stellung beziehen!

(Beifall bei SPD und PDS)

Unterstellen und dann gegen diese Unterstellung zu Felde ziehen, das ist der Stil, Herr Rehberg, den wir von Ihnen kennen. Auch heute wieder im selben Stil: Sie unterstellen uns, dass wir Kleine Anfragen verbieten wollten. Davon haben wir nie etwas verlauten lassen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja! –
Wolfgang Riemann, CDU: Nee.)

Meine Damen und Herren,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Kurzzeitgedächtnis. – Wolfgang Riemann, CDU: Ist ja fast wie der „Schwarze Kanal“ hier. – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

die Menschen in unserem Land haben wenig Verständnis für parteipolitische Spielchen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

wie Sie sie hier betreiben.

(Reinhard Dankert, SPD: Schwarz stimmt.)

Sie erwarten von uns, dass wir Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam voranbringen, und die Landesregierung hat ihre Konzepte auf den Tisch gelegt. Sie hingegen setzen auf Kampagnen und Polarisierung. Und spätestens seit heute wissen wir, der angekündigte neue Rehberg ist der alte Rehberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Menschen können sich darauf verlassen. Wo Rehberg draufsteht, ist auch Rehberg drin.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Egal ob mit neuem oder altem Etikett, der Inhalt bleibt derselbe.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und den, meine Damen und Herren, hat Mecklenburg-Vorpommern nun wirklich nicht verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zurufe von Dr. Christian Beckmann, CDU, und Harry Glawe, CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Mehr hat er nicht zu bieten.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Arbeitsminister Herr Holter. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Helmut Holter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn meiner Rede möchte ich Ihnen gern zwei kurze Geschichten erzählen:

In mein Wahlkreisbüro kommt ein Bürger aus dem Landkreis Güstrow und hat ein Problem mit Baurechtsfragen in seiner Gemeinde, weil die untere Bauaufsichtsbehörde, der Landkreis Güstrow, ihm eine Baumaßnahme in unmittelbarer Nachbarschaft seines Grundstückes nicht erlaubt. Er trägt mir dieses Problem vor und macht einen Einschub. Er sagt: Herr Holter, Sie müssen aber wissen, ich arbeite für die Kreistagsfraktion der CDU. Wir haben uns das Problem angeschaut und es ist gelöst worden im Interesse dieses Bürgers des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Ein Bürgermeister einer Gemeinde auf Usedom,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja hier, ich!)

Herr Riemann, kommt zu mir, bittet um ein Gespräch, was die Städtebauförderung in Koserow betrifft, weil dort irgendwo ein paar Mittelchen fehlen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

damit diese Straße vollständig fertig wird im Zuge der Baumaßnahmen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist meine Aufgabe als Bürgermeister.)

Wir haben es für Koserow, nicht für Sie, Herr Riemann, aber wir haben es für Koserow ermöglicht. Wir haben Mittel umgeschichtet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben es vorfinanziert. – Eckhardt Rehberg, CDU: Was soll denn das, was Sie erzählen?)

Ich will bloß ...

(Dr. Berndt Seite, CDU: Das ist doch selbstverständlich.)

Nun warten Sie doch mal ab!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

Ich erzähle diese beiden Dinge, weil Leute zu mir kommen und meinen, ich könnte aufgrund von Klientelpolitik ihren Wünschen gar nicht entsprechen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Darum geht's doch gar nicht, Herr Holter. Halten Sie sich doch mal an die Tatsachen! – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Ich habe genau diesen Wünschen entsprochen und das möglich gemacht, was das Recht und die Verordnungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern hergeben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

denn ich habe ein Prinzip, Herr Rehberg, und dieses Prinzip heißt Gleichheitsgrundsatz.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Diesen Gleichheitsgrundsatz habe ich eingehalten und ich werde ihn auch zukünftig einhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Ich habe mir sagen lassen, dass es in anderen Bundesländern durchaus üblich und nicht nur üblich, sondern Bedingung für die berufliche Entwicklung von Menschen in der Landesverwaltung ist, dass sie zeitweilig mal außerhalb der Landesverwaltung in Beratungsunternehmen, in Unternehmungen arbeiten und andererseits Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Unternehmungen in die Landesverwaltung wechseln. Das hat nämlich was mit Know-how-Transfer zu tun.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist also ein ganz normaler Prozess, der meines Erachtens auch hier notwendig sein soll. Und hier kann ich also überhaupt nichts Verwunderliches daran feststellen, wenn ein Mitarbeiter sich auf seine Kenntnisse aus seiner früheren Tätigkeit beruft.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Bei der Bewilligung? – Eckhardt Rehberg, CDU: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Im Gegenteil, es dient der Politik des Landes, wenn wir kompetente Leute in die Landesverwaltung hineinholen.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Artikel 26 der Verfassung des Landes beschreibt die Rolle der Opposition: „Sie hat insbesondere die Aufgabe“, heißt es dort, „eigene Programme zu entwickeln und Initiativen für die Kontrolle von Landesregierung und Landesverwaltung zu ergreifen sowie Regierungsprogramm und Regierungsentscheidungen kritisch zu bewerten.“ So weit die Landesverfassung. Ich stelle ganz sachlich fest, dass es dort nicht heißt, die oppositionelle Partei führt hysterische Kampagnen, darunter Kampagnen mit vorformulierten

Leserbriefen, die obendrein ungeheuerliche Vergleiche ziehen, Herr Rehberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dort heißt es auch nicht, dass es die Sache der Opposition ist, ganze Förderlandschaften mit hoch engagierten Menschen als Selbstbedienungsladen zu bezeichnen, zu verleumden und zu verunglimpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und
einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei
Eckhardt Rehberg, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU:
Erst seit Ihrem Regierungsantritt.)

Und schon gar nichts habe ich darüber gelesen, dass die Opposition die Aufgabe hat, Menschen des Landes mit Tricks und Täuschungen dazu zu bringen, eine Partei zu wählen, die erst noch nachweisen muss, dass sie überhaupt politikfähig ist,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

von Regierungsfähigkeit ganz zu schweigen, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Haben Sie das in Moskau gelernt? – Zuruf von Hermann Bollinger, CDU)

Ja, meine Damen und Herren Abgeordnete, Sie haben ein Recht –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist eine Frechheit!)

und nicht nur Sie – auf Auskunft und Information durch die Regierenden. Wir haben uns gemeinsam am 30. August über vier Stunden Zeit genommen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

um über die verschiedenen aufgeworfenen Fragen ausführlich zu sprechen. Ich habe umfassend informiert, bestimmt sogar mehr als notwendig. Die Kleinen Anfragen der CDU tun ihr Übriges. Es liegt mir fern, Parlamentarier zu kritisieren oder gar zu belehren, aber ich habe nichts in der Landesverfassung darüber gelesen, dass es Sache der Opposition ist, Beschäftigungspolitik um der politischen Beschäftigung willen zu betreiben.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach, Herr Holter! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch peinlich!)

Der einzige Trost ist, auch in der CDU gibt es recht-schaffene Menschen, die sehr fassungslos den Kopf über ihre Partei- und Fraktionsspitze schütteln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Womöglich ist es aber so, Herr Rehberg, dass Sie ein schlechter Verlierer sind: die '98er Wahl an Rot-Rot verloren, den vorpommerschen Landkreis Ostvorpommern an Bärbel Syrbe und die PDS verloren

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie tun sich
keinen Gefallen damit, überhaupt nicht!)

und schon vor einer Woche auch noch der CDU-Vorsitzenden gewissermaßen in den Rücken gefallen, denn die neue Landrätin der größten deutschen Insel, des Merkel-Wahlkreises Rügen, heißt Kerstin Kassner.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Kerstin Kassner, PDS: PDS.)

Und sie hat die Mitgliedskarte der PDS. Stimmt doch, Kerstin?

(Kerstin Kassner, PDS: Ja, genau.)

Die CDU kämpft auf dem Schauplatz Schwerin um ihre Zukunft in ganz Ostdeutschland. Deshalb wählt sie solche Methoden. Rot-Rot bewährt sich hier in Schwerin als ein mögliches Koalitionsbündnis für SPD und PDS und wir bestehen diese Bewährungsprobe seit drei Jahren Tag für Tag.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und
einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Dieser Erfolg hat bundespolitische Folgen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

In seiner Konsequenz wird sich die CDU nach und nach, Herr Glawe, aus Landesregierungen in Ostdeutschland verabschieden müssen. Und davor haben Sie Angst.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Angst ist aber ein denkbar schlechter Ratgeber, beim Schreiben von Leserbriefen genauso wie beim Verfassen Kleiner Anfragen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Haben Sie
eigentlich schon was zur Sache gesagt?)

Bei der Kampagne gegen die PDS und gegen die rot-rote Regierung hier in Schwerin geht es um die Frage,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie viel Filz
verträgt dieses Land, das ist hier die Frage.)

ob die CDU sich künftig in ganz Ostdeutschland mit der Rolle einer mehr oder weniger frustrierten Opposition abfinden muss.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Torsten Koplín, PDS: Ruhe auf den hinteren
Bänken! – Dr. Armin Jäger, CDU:
Haben wir den Filz gemacht oder Sie?)

Es wird Ihnen nicht gelingen, hier in Mecklenburg-Vorpommern „Haltet den Dieb!“ zu rufen und damit die Menschen hinter Licht zu führen. Es wird Ihnen auch nicht gelingen, die Landesregierung zu beschädigen. Sie können noch so willig nach der Berliner oder Münchner Wahlkampfpeife tanzen, das Land sehnt sich nicht nach Musik von vorgestern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und ich werde Ihnen auch sagen, warum Ihre Kampagne gegen die Regierung und namentlich gegen mich ins Leere laufen wird: Sie basiert auf der sprichwörtlichen Redewendung „Was ich denk und tu, trau ich auch allen andern zu“.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und das ist Ihr Grundirrtum. Diese rot-rote Landesregierung ist keine Fortsetzung der CDU-Regentschaft in Mecklenburg-Vorpommern, weder im Stil noch in den Zielen und in den Mitteln.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das merkt man.)

Ich möchte mich bedanken, ja, ich möchte mich bedanken für die Möglichkeit, über Menschen zu staunen. Eini-

ge, von denen ich es nicht erwartet habe, wenden sich ab. Andere, auch von diesen habe ich es nicht erwartet, beweisen offen Solidarität. Und ich habe die Erfahrung machen müssen, dass ein gegebenes Wort in der Politik nicht viel bedeutet.

Meine Damen und Herren, mein Ministerium, dieses Ministerium für Arbeit und Bau mit seinen 232 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeitet allenthalben erfolgreich, transparent, innovativ und verlässlich.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Die Mitarbeiter
sind gut. Spitze sind die.)

Ja, ich kann mich sehr wohl erinnern, dass Herr Born und andere Abgeordnete sich im Ausschuss immer bedankten für die ausführlichen Informationen,

(Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU)

die ich als zuständiger Minister dort gegeben habe.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Die Mitarbeiter sind gut. Spitze sind die. –
Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Und genau da liegt der ungeheuerliche Kern Ihrer Kampagne gegen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein. –
Nils Albrecht, CDU: Beifall bitte!)

Wenn dank Ihrer ebenso verzweifelten wie ereifernden Profilierungsversuche, meine Damen und Herren von der CDU, Beamte und Angestellte der Landesregierung damit rechnen müssen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

ihre Biographien und persönlichen Werdegänge in der Zeitung zu lesen, dann sind die Grenzen überschritten, und zwar die Grenzen, die der menschliche Anstand gebietet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zurufe von Sylvia Bretschneider, SPD,
und Harry Glawe, CDU)

Ich werde – und das nicht nur aus meiner Fürsorgepflicht, sondern aus meiner inneren Überzeugung – keine Verletzung des Personalrechts und des Datenschutzes zulassen. Ich werde auch weiterhin Entscheidungen in diesem meinem Ministerium mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern treffen – nicht hinter ihrem Rücken und auch nicht gegen sie.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Aha!)

Auch wenn die Opposition ein Bild malen möchte, in diesem Ministerium für Arbeit und Bau gehe es nur so holtterdiepolter, es herrsche Chaos und die Arbeitsfähigkeit sei eingeschränkt,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das sehen außer Ihnen alle.)

kann ich nur noch mal wiederholen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Ministeriums arbeiten nicht nur mit, sie leisten ausgezeichnete Arbeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Es geht nicht um die
Mitarbeiter, die sind gut. Es geht um den Chef.)

Das betrifft nicht nur die Arbeitsmarktpolitik, in der wir neue Wege beschreiten, sondern auch die Wohnungs- und Städtebauförderung, das betrifft die Raumordnung und die Landesplanung.

Im April hatte ich mit Walter Riester etwas verabredet, das ist bekannt. In wenigen Monaten haben wir konkrete Projektvorschläge auf den Tisch gelegt, die derzeit mit dem Bundesarbeitsministerium abgestimmt werden. Wir steuern gemeinsam mit den Sozialpartnern in der Arbeitsmarktpolitik um. Wir entwickeln neue Strategien in der Baupolitik. Städtebauliche und architekturpolitische Leitlinien werden jetzt im Herbst zu diskutieren sein.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Alles mit einem Ziel: Mecklenburg-Vorpommern noch attraktiver zu machen,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU:
Ja, das sieht man.)

Menschen einzuladen, hier zu bleiben und hierher zu kommen. Gerade in der vergangenen Woche – leider öffentlich nicht sehr bemerkt – fand in Wismar die 5. Konferenz der Raumordnungsminister der Ostseeregion statt. Wir haben Strategien für die Entwicklung des Ostseeraumes verabredet, auch unter dem Gesichtspunkt der Erweiterung der Europäischen Union. Und ich kann Ihnen sagen, meine Damen und Herren, wir spielen in diesem Konzert nach dem Bund mindestens die zweite Geige.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Oh, oh!)

Ja, beschäftigen Sie sich mal mit inhaltlichen Fragen der Landespolitik und den Ergebnissen der Landespolitik,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

dann würden Sie nicht so schamlos lachen über das, was geleistet wird!

(Wolfgang Riemann, CDU: Deswegen nehmen
ja auch die Arbeitslosenzahlen zu, Herr Holter!)

Da kommen wir gleich zu, Herr Riemann. Immer ruhig!

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Kurzum, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lassen sich durch die Diskussionen in den letzten Wochen von unserer Arbeit und von unserem Verfassungsauftrag überhaupt nicht abhalten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gott sei Dank!)

Lassen Sie mich das, meine Damen und Herren Abgeordnete, an der Arbeitslosenstatistik für Ostdeutschland in den letzten fünf Jahren illustrieren, und zwar an den jüngsten vorliegenden statistischen Daten, den Daten für August 2001. Im August 1996 lag die Arbeitslosigkeit im Osten bei durchschnittlich 16,1 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern noch einmal 1 Prozent höher. Heute liegt die Arbeitslosigkeit im ostdeutschen Durchschnitt leider bei 18,5 Prozent. Sie ist gestiegen, und zwar in allen ostdeutschen Ländern. Aber der Abstand Mecklenburg-Vorpommern gegenüber anderen Ländern hat sich deutlich verringert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Im Durchschnitt war der Teich zehn Zentimeter tief und trotzdem ist die Kuh ersoffen.)

Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern liegen heute auf einem gleichen Niveau.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja, Sachsen-Anhalt hat eine höhere Quote und Thüringen eine niedrigere.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Und damit Sie das mal begreifen, zeige ich Ihnen jetzt mal hier, wie die Kurve aussieht. Das ist ...

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Jawohl, hier ist Mecklenburg-Vorpommern.

(Zurufe von Reinhardt Thomas, CDU, und Torsten Koplín, PDS)

Sachsen-Anhalt liegt darüber und die anderen darunter.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wie wollen wir das im Protokoll festhalten? – Harry Glawe, CDU: Das ist sächsisches Fieber. Das ist vom Schüttelfrost.)

Das ist nicht meine Aufgabe, wie das im Protokoll dargestellt wird. Ich zeige Ihnen bloß anschaulich Trends,

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Trends zeige ich Ihnen. Es geht mir um Trends,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

die hier aufmerksam zu verfolgen sind.

(Harry Glawe, CDU: Sächsisches Fieber, Herr Minister. – Glocke des Präsidenten)

Und damit ist ausgesagt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die Fiebertabelle. – Gerd Böttger, PDS: Das wollen die gar nicht hören.)

dass weit ungünstiger als in Mecklenburg-Vorpommern dagegen die Entwicklung in den vergangenen Jahren im CDU-regierten Sachsen verlief.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Der Ausgangswert lag dort 1996 bei 15,2 Prozent, heute liegt er bei 18,7 Prozent, also 3,5 Prozent mehr als 1996.

(Gerd Böttger, PDS: Hört, hört!)

In keinem ostdeutschen Land – in keinem ostdeutschen Land! – ist die Arbeitslosigkeit in den vergangenen fünf Jahren stärker gestiegen als in Sachsen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD – Volker Schlotmann, SPD: Daran ist Rot-Rot schuld.)

In keinem ostdeutschen Land ist die Arbeitslosigkeit in den vergangenen fünf Jahren schwächer gestiegen als in Thüringen und in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Gesamtschau kann ich gern weiter mit Zahlen, Daten und Fakten untersetzen, ich will mich auf einige wenige beschränken.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Dazu gehört, dass entgegen dem bundesweiten Trend die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der beruflichen Weiterbildung in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Dazu gehört eine positive Entwicklung bei der Zahl der jugendlichen Arbeitslosen, die im August um 2.200 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Ja, das sind die Statistiken, Herr Glawe.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Hier wirkt das Jugendsofortprogramm der Bundesregierung und es beginnen auch unsere Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu wirken.

(Harry Glawe, CDU: Wohin denn?)

Und dazu gehören nicht zuletzt die 828 – Herr Rehberg, ich bitte das in Ihrem Redekonzept zu korrigieren, nicht 400 und noch was, sondern 828 – Arbeitsplätze, die in 235 gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekten geschaffen wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir werden jetzt unsere Erfahrungen auf diesem neuen Weg in der Arbeitsmarktpolitik, dem Schritt von der Personen- zur Projektförderung, analysieren, evaluieren und nach der Evaluierung weitere Entscheidungen treffen.

Und, Herr Rehberg, ich kann Ihnen nur eins raten: Gehen Sie nicht weiter her und nennen diese Projekte Spielwiese des Arbeitsministers! Gehen Sie hin und erklären Sie Menschen, die in sozialen, ökologischen, kulturellen Projekten arbeiten, warum Sie zum Beispiel die Hilfe für Seemannsfamilien für Teufelswerk halten!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Die Beschäftigungspolitik der Landesregierung, dieser rot-roten Landesregierung kann sich wirklich sehen lassen. Aber eins ist natürlich auch klar: Das Land ist nicht von der konjunkturellen Entwicklung in Ostdeutschland und der Bundesrepublik, ja, auf der Erde abgekoppelt. Ich weiß, dass ich eigentlich mit solchen Bemerkungen Wasser in die Ostsee schütten, aber ich habe nicht das geringste Verständnis dafür, dass Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, aus durchsichtigen wahltaktischen Gründen ein ganzes Land in Verruf bringen.

(Beifall bei SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben Sie längst geschafft.)

Und noch rätselhafter ist es mir,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Hören Sie doch mal auf zu schwatzen! – Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Berndt Seite, CDU: Frau Bretschneider!)

dass Sie eine Förderlandschaft verteufeln, die in acht Jahren CDU-geführter Regierung gewachsen ist. Ich habe nichts gegen Selbstkritik, aber so viel Selbstkritik ist wirklich peinlich.

Man merkt die Absicht und ist verstimmt. Es wird Ihnen nicht gelingen, einen Keil zwischen die Koalitionsparteien und in die Regierung zu treiben. Sie ist stabil,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

sie nimmt Ihr Angebot zum Wahlkampf an. Wir werden aber Ihren Stil des Schaums vorm Mund nicht akzeptieren. Und die Wählerinnen und Wähler werden Ihnen in einem Jahr die Quittung für diesen Politikstil ausstellen. Ich bin mir sicher: Nicht Schwarz, sondern Rot-Rot ist die Zukunftsfarbe in Ostdeutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Gerade, meine Damen und Herren, wird in meinem Haus mit hohem Engagement – und nicht, wie einige versuchen darzustellen – das neue arbeitsmarktpolitische Strukturentwicklungsprogramm fertig gestellt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Von BBJ, ja. Genau so ist das. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses lassen sich von Ihrer öffentlich betriebenen Miesmacherei nicht irremachen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sagen Sie doch, wer das macht! – Reinhardt Thomas, CDU:
Das ist doch eine Rede wie bei Honni.)

Das machen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Unterstützung.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das stimmt doch gar nicht, was Sie da erzählen.)

Sie arbeiten mit Hochdruck an der Zukunft des Landes.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie sind doch gar nicht mehr in der Lage, allein Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. – Dr. Margret Seemann, SPD: Blablabla! – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Jeder arbeitet eben an dem, Herr Rehberg, was er für wichtig hält: die einen an neuen Schützengräben und die anderen an der Zukunft des Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist Zukunft, Herr Holter, was Sie da machen?! Was Sie in den letzten drei Jahren als Minister gemacht haben, ist die Zukunft des Landes gewesen?!)

Die Wählerinnen und Wähler werden Ihnen sagen, Herr Rehberg, sie werden Ihnen sagen, welche Art von Arbeit sie für besser halten.

Mit dem neuen Programm, das will ich hier kurz sagen, werden wir die Arbeitsmarktpolitik völlig neu gestalten. Mitte Oktober werde ich dieses Programm dem Kabinett vorlegen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Bereits jetzt sind wir – ganz getreu meinem Prinzip, unserem Prinzip „Offen, transparent, kommunikativ“ – dabei, mit Partnern die Bausteine zu diskutieren.

(Dr. Berndt Seite, CDU: Stillstand.)

Und die Gespräche mit der Vereinigung der Unternehmensverbände, mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund verlaufen erfolgreich. Wir haben dort Zustimmung zu diesen Bausteinen.

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Auf Regionalkonferenzen werden wir es öffentlich machen und zum Diskurs einladen.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, sind herzlich eingeladen. Und Sie sehen, es geht voran.

Wir haben nach kritischen Hinweisen das Vorgängerprogramm auf den Prüfstand gestellt. Dabei wurde sehr schnell eines klar: Die Arbeitsmarktpolitik des Landes ist nur dann zukunftsfähig, wenn sie sich strikter als bisher an der europäischen Beschäftigungsstrategie orientiert. Und als konkreter Anlass kamen noch die einschneidenden Veränderungen für den Europäischen Sozialfonds in der neuen Förderperiode bis zum Jahre 2006 hinzu. Dazu gehört auch die Neuausrichtung der beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU für das Jahr 2001.

Ja, das Programm wird sich von einigen alten Zöpfen der Arbeitsmarktpolitik verabschieden. Der Abschied von Vertrautem bedeutet ja auch immer Verdruss.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie sollten sich von BBJ verabschieden. – Zuruf von Irene Müller, PDS)

Ich will aber zu dem neuen Programm nur eine Stimme zitieren, die gewiss nicht der übergroßen Nähe zum Arbeitsministerium verdächtigt werden kann. Lothar Wilken, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände, sagte kürzlich gegenüber einer Zeitung, die wohl nicht gerade die Sympathie für die Landesregierung hat,

(Angelika Gramkow, PDS: Das stimmt, das kann nur die SVZ gewesen sein. – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Folgendes – das stand am 6. September in der Zeitung, richtig: „Das neue Arbeitsmarktprogramm ist trotz der Personalprobleme in sehr kurzer Zeit EU-kompatibel gemacht worden.“

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: „Ostsee-Zeitung“ wäre aber auch möglich gewesen. – Angelika Gramkow, PDS: Das war jetzt fürs Protokoll, Herr Rehberg.)

Das war die Aussage von Herrn Wilken und genau das war mein Hauptziel.

(Harry Glawe, CDU: Ein Jahr zu spät ist das gemacht worden.)

Neben dem ESF-finanzierten Programmteil finden sich weitere neue Bausteine. Die ergänzenden Leistungen zu den Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit bilden den zweiten Teil, sie werden also nicht in dem ESF-Teil dargestellt. Der dritte Teil besteht aus dem Programm „Jugend, Arbeit, Zukunft“ mit seinen einzelnen Bausteinen. Und wir haben einen vierten Baustein aufgenommen, der völlig neu ist und völlig neue Akzente setzt, nämlich den Initiativfonds des Landes, der unbürokratische Einzelfallinterventionen ermöglicht. Besonders bedeutsame Vorhaben und Planungsleistungen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen können damit gefördert werden.

Meine Damen und Herren, mein Stil, Politik im breit angelegten und intensiven Diskurs im öffentlichen Raum zu entwickeln, ist aufwendig und anstrengend, das gebe ich gerne zu. Ich bin mir jedoch sicher, dass die Ergebnisse der Mühe wert sind, weil es nur dadurch gelingen kann, die Interessen, Erfahrungen und Bedarfslagen in unserem Land besser zu erfassen und angemessene Handlungsoptionen und Strategien zu entwickeln, die das Land voranbringen.

Meine Damen und Herren, Geschichte ist alternativlos, sie ist aber nicht verantwortungslos. Ich stand und ich werde für eine Politik eintreten, die

1. Lehren aus der Geschichte zieht,
2. auf Zukunftsfragen orientiert,
3. sozial gerecht, wertschöpfend und ökologisch ist,
4. jeden einbezieht, der bereit ist, an der Lösung der Probleme in unserem Land mitzuarbeiten, und
5. demokratisch, offen und verlässlich ist.

Darauf können Sie sich, meine Damen und Herren Abgeordneten, und darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern verlassen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und PDS –
Reinhardt Thomas, CDU: Diese
Rede hat nichts zur Sache gebracht.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Born von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verteidigungsrede des Herrn Ministerpräsidenten war so kümmerlich, dass ich mich gleich dem Herrn Minister Holter zuwenden kann.

(Beifall und Heiterkeit
bei Abgeordneten der CDU)

Nur so viel, Herr Ministerpräsident,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wer hier
kümmerlich ist, das ist ja wohl klar.)

nur so viel, Herr Ministerpräsident,

(Zurufe von Sylvia Bretschneider, SPD,
und Siegfried Friese, SPD)

es redet hier keiner das Land schlecht,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie haben wohl
zu viel Kümmerling getrunken, Herr Born,
was?! – Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

sondern Sie regieren es schlecht. Und das ist ein entscheidender Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch wenn Sie jeden Tag zehnmal die Parole wiederholen „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“, ersetzt das kein Handeln für dieses Land.

(Reinhard Dankert, SPD: Das habe ich
bisher nur von Ihnen gehört, Herr Born.)

Sie sind mittlerweile zufrieden, überall allenfalls zweiter Sieger zu werden.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deshalb nur so viel: Die Zukunftschancen dieses Landes haben Sie in drei Jahren Regierungszeit schon gründlich verspielt.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Born!)

Erstens ...

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Wir kennen die alte Leier.)

Meine Damen und Herren, ich komm' ja zu Herrn Holter. Wir lassen uns ja nicht ablenken, aber nur an drei Punkten will ich es deutlich machen.

(Siegfried Friese, SPD: Sie wollten
doch gar nichts dazu sagen.)

Erstens. Der Transrapid fährt nicht in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in China.

(Kerstin Kassner, PDS: Auch noch nicht.)

Zweitens. Der A3XX wird nicht in Rostock/Laage gebaut, sondern in Hamburg.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU,
und Dr. Berndt Seite, CDU)

Und drittens. Das BMW-Werk entsteht nicht in Schwerin, sondern in Leipzig.

(Siegfried Friese, SPD: Herr Born,
Sie und Ihre alten Kamellen!)

Das sind die Erfolge Ihrer Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, verehrter Minister Holter, wenn man Ihre Rede heute hört,

(Andreas Bluhm, PDS: Die Sonne
geht immer noch im Osten auf.)

dann muss man leider feststellen, Sie haben offensichtlich immer noch nicht den Unterschied begriffen zwischen einem Ministeramt – das Wort kommt von dienen und dies Amt haben Sie

(Siegfried Friese, SPD: Sie haben da
ja auch so Ihre Erfahrungen, nicht?!)

für das Land Mecklenburg-Vorpommern inne –

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht nur der Partei!)

und den Aufgaben eines Parteifunktionärs.

(Siegfried Friese, SPD: Jetzt reden Sie
aus eigener Erfahrung, Herr Born, nicht?!)

Herr Minister Holter, Sie haben Ihrer Verantwortung als Minister mit Ihrer Rede heute in keiner Weise entsprochen. Und es ist wahr, Herr Ministerpräsident, diese Sondersitzung wäre nicht notwendig gewesen, wenn noch ein Minimum der Regeln des Anstands in dieser Regierung gelten würde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Andreas Bluhm, PDS: Ausgerechnet Sie! –
Kerstin Kassner, PDS: Oooh!)

Da gibt es nämlich nur zwei Alternativen:

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Der an-
ständige Herr Born! Dass ich nicht lache! –
Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Entweder wäre Herr Holter längst zurückgetreten oder Sie hätten ihn entlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Worüber sind
Sie denn eigentlich gestürzt, Herr Born? –
Zuruf von Andreas Bluhm, PDS –
Glocke des Präsidenten)

Herr Minister Holter, Sie sind mit hehren Versprechungen in den Wahlkampf gezogen, haben den Menschen mehr Arbeit und soziale Gerechtigkeit versprochen. Es ist inzwischen hinlänglich bekannt, dass daraus nichts geworden ist. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Unter Ihrer Arbeitsmarktpolitik hat sich die Lage erheblich verschlechtert. Das können die Fieberkurven, die Sie uns eben präsentiert haben, bei genauerem Hinsehen sehr deutlich ausweisen.

(Harry Glawe, CDU: So ist es. –
Barbara Borchardt, PDS: Und Sie
haben genau hingesehen, ja?)

Mehr Menschen sind arbeitslos, mehr Menschen müssen von Sozialhilfe leben. Das ist die eine Seite und die müssen Sie und Ihre Partei im nächsten Jahr verantworten. Und dann kommen Sie bitte nicht mit der schlimmen Weltkonjunktur und der bösen Bundesregierung.

(Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU,
und Reinhardt Thomas, CDU)

Sie, Sie haben den Menschen versprochen, alles besser zu machen, und das konnten Sie nicht halten!

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das sagen
Sie doch immer, dass sie böse ist. Jetzt
verwechseln Sie aber was, Herr Born.)

Mit sozialistischen Luxusspielwiesen – ich wiederhole es hier noch mal ausdrücklich – wie dem ÖBS kann man eben nicht die Beschäftigung ankurbeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Da möchte
ich gerne noch Nachhilfe geben.)

Aber, wie gesagt, das ist nur die eine Seite der Medaille.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Die andere ist ...

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Frau Kollegin Gramkow, Sie können hier noch so viel dazwischenrufen, Sie werden die parlamentarische Opposition nicht daran hindern,

(Angelika Gramkow, PDS: Ich war heute so nett!)

hier in diesem Parlament frei zu reden und die Tatsachen zu nennen,

(Angelika Gramkow, PDS: Ich kann
Ihnen da gerne Nachhilfe geben.)

die hier der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Sylvia Bretschneider, SPD: Jetzt nennen Sie doch
endlich mal Tatsachen und nicht nur Behauptungen
und so einen Müll! Menschenkinder!)

Herr Minister Holter, Sie haben aus der Arbeitsmarktpolitik – Sie persönlich, nicht die Mitarbeiter Ihres Hauses, die trotz dieses Ministers ordentlich arbeiten –,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU:
Richtig. Genau so ist das!)

Sie haben aus der Arbeitsmarktpolitik einen schamlosen Selbstbedienungsladen für Ihre alten Parteigenossen gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Andreas Bluhm, PDS: Unerhört!)

Seit dem Sommer steht Mecklenburg-Vorpommern in den Schlagzeilen. Es sind leider keine guten Schlagzeilen:

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Vetternwirtschaft, Parteienfilz und Genossenklüngel. Auch das haben allein Sie zu verantworten.

(Zuruf von Caterina Muth, PDS)

Das ist die freie Presse, die das schreibt. Sie ist nicht von irgendjemandem gleichgeschaltet, von uns schon gar nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von
Volker Schlotmann, SPD, Gerd Böttger, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

Sie gehen in Selbstmitleid davon aus, dass Sie ein Opfer einer Kampagne seien und Sie nach der Berlin-Wahl wieder Ruhe haben werden. Ich muss Ihnen diese Hoffnung nehmen.

(Zurufe von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD,
und Ute Schildt, SPD)

Sie haben nicht nur die Arbeitsmarktpolitik dermaßen gegen die Wand gefahren, dass es zweifellos zum Jahresende zum Crash kommen wird, Sie haben sich darüber hinaus in zahlreiche Widersprüche verstrickt, dass ich mir beim besten Willen nicht vorstellen kann, wie Sie da herauskommen wollen.

Am 30. August diesen Jahres – Sie haben es angesprochen – hatten Sie knapp vier Stunden lang Gelegenheit, vor den zuständigen Ausschüssen des Landtages zu den gegen Sie erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen.

(Götz Kreuzer, PDS: Das hat er auch gemacht.)

Unmittelbar nach der Sitzung habe ich namens meiner Fraktion öffentlich erklärt, dass es Ihnen nicht gelungen sei,

(Götz Kreuzer, PDS: Aber da gab es
welche, die haben es nicht verstanden.)

auch nur einen der gegen Sie in den Medien erhobenen Vorwürfe zu entkräften.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na ja, Sie
haben die Ohren zugemacht, Herr Born. Was
man nicht hören will, das hört man nicht.)

Leider, leider haben Sie das bis zum heutigen Tag nicht vermocht.

(Barbara Borchardt, PDS: Deswegen
hat er eine Auszeit genommen, weil
er nicht mehr weiterwusste.)

Vielmehr kommen alle paar Tage neue Einzelheiten ans Tageslicht. Sie können ja gar nicht so schnell nachlesen, wie die Vorwürfe immer wieder hervorkommen.

(Unruhe bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS –
Barbara Borchardt, PDS: Schaffen
Sie es nicht mehr?)

Lesen Sie doch die Zeitung von heute!

(Angelika Gramkow, PDS: Da steht doch aber
nur dasselbe drin wie vor acht Wochen.)

Es werden gegen Sie in den Medien ständig neue Anschuldigungen erhoben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Was lesen Sie denn?)

Das Einzige, was zu Ihren Gunsten in den letzten Wochen zu vernehmen war,

(Reinhardt Thomas, CDU: Alles nur Kampagne.)

war eine Pauschalaussage des Ministerpräsidenten, dass er Ihnen vertraue und es keine Veranlassung zu irgendwelchen Beanstandungen gäbe.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Damit stand und steht der Ministerpräsident allerdings weit und breit allein auf weiter Flur.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS –
Barbara Borchardt, PDS: Das stimmt aber nicht. –
Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Nein, Herr Minister Holter, es lässt sich leider nichts daran rütteln, Ihre Glaubwürdigkeit ist zutiefst erschüttert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: So ist das.)

Der Dschungel, durch den man sich pflügen muss, erfordert es, wenigstens einige der wesentlichen skandalträchtigen Vorgänge, die Sie persönlich und niemand anders, ich sage es noch einmal, zu verantworten haben, hier noch einmal in Erinnerung zu rufen.

Ich komme zur Firma SBW:

Die familiären Konstellationen haben den Vorwürfen den Namen „Ehefrauenaffäre“ gegeben. Sie haben es trotz frühzeitiger deutlicher Warnungen – wenn der heutige „Spiegel“-Artikel auch nur ansatzweise richtig berichtet,

(Andreas Bluhm, PDS: Wenn!)

hatte Sie der Präsident des Landesrechnungshofes Tanneberg bereits 1999 eindringlich gewarnt, die Vergabe von Fördergeldern an ein Unternehmen, in dem die Ministergattin und die Frau des Staatssekretärs tätig sind, sei hoch problematisch – nicht für nötig befunden, tätig zu werden. Sie selbst sollen dem Bericht zufolge allerdings zugesagt haben, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Ja, hat er auch gemacht.)

1999!

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Zuschüsse stiegen. – Reinhardt Thomas, CDU:
Hat er gemacht! Hat er gemacht! –
Reinhard Dankert, SPD: Das haben wir alles gelesen. Das brauchen wir nicht noch einmal.)

Doch, Herr Minister, was haben Sie tatsächlich unternommen?

(Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Schlicht, solange die Angelegenheit nicht öffentlich rufbar wurde, rein gar nichts.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach, irgendwelche Behauptungen werden hier aufgestellt und lautstark vorgetragen. –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Noch im Juli diesen Jahres, also zwei Jahre später, haben Sie es immer noch für völlig normal empfunden,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Born!)

dass das Unternehmen der Frau Ihres Staatssekretärs zu den Fördermittelempfängern gehört,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na, das ist doch normal.)

die mit nicht unerheblichen Beträgen bedacht werden. Auch dass Ihre Frau in der gleichen Firma arbeitet –

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ja, sagen Sie mal!)

alles völlig normal,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Soll er sie nicht fördern?)

solange die Sache nicht öffentlich bekannt wurde.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Erzähl das mal einem Arbeitslosen!)

Es bestehe keine Interessenkollision, wie Sie der SVZ Anfang Juli versichert haben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Natürlich. –
Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Als die Vorwürfe massiver wurden, nachdem in einer Kleinen Anfrage der CDU-Fraktion ersichtlich wurde, wie großzügig die Geldquellen in Richtung SBW sprudelten, haben Sie sich eine bemerkenswerte Verteidigungsstrategie aufgebaut. Vom 14. bis zum 20. August haben Sie immer wieder erklärt, 18 von 22 Unternehmen hätten von den Nachbewilligungen im EU-ADAPT-Programm profitiert, also die SBW sei eine von vielen, alles sei normal gelaufen. Herr Minister, wer hat Ihnen das erzählt? Oder haben Sie gedacht, da wird wohl niemand genauer nachfragen. Wussten Sie, dass diese Angaben nicht stimmen, oder war es eine bewusste Unwahrheit? War es Arroganz? Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie dieses, Herr Minister Holter, einmal näher erläutern könnten.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Dazu hat er ja nichts gesagt.)

Es wird doch wohl möglich gewesen sein, innerhalb kurzer Zeit in Erfahrung zu bringen,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

wer tatsächlich Nachschläge bekommen hat. Oder wäre das in Ihrem Ministerium nicht möglich? Doch, angesichts der guten Mitarbeiter ist das sehr wohl möglich.

(Angelika Gramkow, PDS: Die Fragen hat der Minister in der Ausschusssitzung ganz deutlich beantwortet, mit Name und Adresse, Herr Born!)

Nun, nun, in Ihrem so genannten ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Eben nicht, Frau Gramkow! – Angelika Gramkow, PDS:
Ich bin ja wohl dabei gewesen. –
Barbara Borchardt, PDS: Sie sind doch nicht dabei gewesen! Halten Sie sich doch da raus!)

Nun, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Und zum Glück gibt es ja auch ein Wortprotokoll, Herr Born, wo man das alles sehr genau nachlesen kann. Viereinhalb Stunden! – Lutz Brauer, CDU: Wir sind hier nicht in der Ausschusssitzung. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Hinrich Kuessner: Der Redner Born hat das Wort und ich bitte das zu beachten.

Dr. Ulrich Born, CDU: Nun, verehrte Frau Kollegin Gramkow, Gott sei Dank gibt es ein Wortprotokoll, Sie haben völlig Recht. Und es ist schon ein starkes Stück, wenn der Minister im Ausschuss etwas sagt, was mit den Tatsachen nicht übereinstimmt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Das hat er nicht getan.)

Denn in Ihrem so genannten Innenrevisionsbericht, Herr Minister Holter, vom 23. August 2001, erstellt also drei Tage, nachdem Sie immer noch felsenfest behaupteten, dass 18 Träger nachträglich Gelder bekommen hatten, war die Wahrheit nachzulesen.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und, Frau Kollegin Gramkow, der Minister hat uns ja gesagt, dass der Bericht, den er im Ausschuss gibt, auf der Grundlage seines Innenrevisionsberichtes erfolge.

(Reinhard Dankert, SPD: Ist der öffentlich?)

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Also, keine Gesellschaft hat so viel Nachschläge bekommen wie die SBW, nämlich 526.533,66 DM. Davon sind auch noch 127.000 DM Landesmittel, obwohl es immer hieß, die EU-Mittel müssten aufgebraucht werden. Also ich halte fest: Statt 18 Trägern, wie von Ihnen zunächst behauptet, haben 6 Träger Nachbewilligungen bekommen, davon 4 allerdings die Masse. Und nur ein Träger, nämlich ausgerechnet die SBW, hat zusätzlich Landesmittel erhalten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, und 'ne ganze Menge. – Eckhardt Rehberg, CDU: Nur Zufall alles, nur Zufall?!)

Ich habe davon im Ausschuss nichts gehört. Bitte vergleichen Sie das mit dem, was der Minister im Ausschuss vorgetragen hat! Dann können Sie feststellen, wer hier die Unwahrheit sagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

In dem Innenrevisionsbericht heißt es weiter: „Nach derzeitigem Kenntnisstand lässt sich anhand der Akten keine verfahrensleitende Einflussnahme von VIII ST“, vom Staatssekretär, „erkennen, die zu einer Bevorteilung der SBW bei der Vergabe von Fördermitteln geführt hat.“ Auf diesen Satz berufen Sie sich ja so gern. In Ihrem öffentlichen Schreiben dazu auf der Grundlage des Innenrevisionsberichtes, das Sie ja auch wörtlich so am 30. August des beiden Landtagsausschüssen präsentiert haben, schreiben Sie, Herr Minister Holter: „Eine Einflussnahme des Herrn Staatssekretärs Dr. Wegrad bei der Mittelvergabe zugunsten der SBW liegt nach dem Ergebnis der Prüfung der Innenrevision und mündlicher Befragung von mit der Mittelvergabe befassten Mitarbeitern nicht vor.“

(Reinhardt Thomas, CDU: Warum hat er ihn dann entlassen?)

Verehrte Frau Gramkow, merken Sie eigentlich wirklich nicht den feinen, aber entscheidenden Unterschied?

(Reinhardt Thomas, CDU: Ja.)

Und Sie, Herr Minister Holter?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Haben Sie vielleicht auch noch was gegen Frau Gramkow? – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Barbara Borchardt, PDS)

Der Verfasser des Vermerkes hat sehr vorsichtig formuliert,

(Angelika Gramkow, PDS: Dann sagen Sie uns gleich Bescheid! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Dann nehmen wir sie wieder weg.)

Ich wiederhole noch einmal: „Nach derzeitigem Kenntnisstand lässt sich anhand der Akten keine verfahrensleitende Einflussnahme ... (des Staatssekretärs) erkennen.“ Diese Absicherung wird ebenso unterschlagen wie der wirklich gravierende Fakt, dass man den Staatssekretär gar nicht befragt hat. Also die Schlüssel- und Hauptfigur in diesem Verdacht der Befangenheit ist nicht zur Rede gestellt worden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Überhaupt nicht.)

Ferner stellt sich die Frage, ob denn die Mitarbeiter des Versorgungsamtes Rostock zu diesem Tatbestand befragt worden sind? Der Minister erweckt in seinem Brief dagegen eindeutig den Eindruck, alle Beteiligten seien befragt worden. In dieser Form, Herr Minister Holter, kann man keine Zweifel ausräumen, sie werden nur bestärkt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Zweifel werden bei dem bestärkt, der Zweifel haben will.)

Der „Spiegel“ schreibt in seiner Ausgabe vom 27. August 2001: „Als Amtsleiter ... war er“ – gemeint ist der spätere Referatsleiter für Qualifizierung und Weiterbildung im Arbeitsministerium ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na! Na! Keine Namen! – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Das gibt es doch wohl nicht! – Reinhardt Thomas, CDU: Unerhört!)

Herr Kollege Dr. Schoenenburg, ich sage noch einmal: Hier in diesem Hause gilt noch die freie Rede

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig! Genau so ist das! – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

und davon lassen wir uns nicht abbringen. Damit Sie das ganz genau wissen!

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen, Herr Dr. Schoenenburg, damit das mal ganz klar ist,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Zeigen Sie nicht mit Ihrem nackten Finger auf angezogene Leute!)

dieser Referatsleiter Dr. Winfried Regner hat sich im „Spiegel“ selbst geäußert und deshalb kann ich diesen Namen hier nennen, wenn ich ihn zitiere.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig!
Genau so ist das!)

Ich zitiere: „Als Amtsleiter ... war er für die Bewilligung von staatlichen Fördergeldern für Weiterbildung zuständig. Dort soll er sich, nach Angaben von Mitarbeitern, mit Nachdruck für die Gewährung von Geldern für die SBW von Veronika Wegrad stark gemacht haben.“ Alles wörtlich aus dem „Spiegel“.

Herr Regner hat dies natürlich gegenüber dem „Spiegel“ bestritten. Herr Minister Holter, haben Sie beziehungsweise Ihre Innenrevision Herrn Regner eigentlich befragt? Haben Sie die Mitarbeiter im Versorgungsamt befragt? Stimmt es etwa nicht, dass sich Herr Staatssekretär a. D. Wegrad sehr stark dafür eingesetzt hat, dass eben dieser besagte Mitarbeiter im Abordnungsverfahren ins Arbeitsministerium versetzt wird und eine Gehaltserhöhung bekommt? Alles nur Zufälle? Völlig beziehungslos?

(Barbara Borchardt, PDS: Sind die verheiratet?)

Oder doch ein eher nützliches Beziehungsgeflecht, weil man sich ja gut aus alten Zeiten kennt? Ich gebe zu, dies kann man sogar rechtlich formal sauber gestalten,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Wenn ich nur an Ihre CDU-Leute in
den Ministerien denke, ja, ganz gewiss.)

ohne dass man in den Akten eine verräterische Notiz und Hinweise auf Gekungel findet. Ich möchte an dieser Stelle die FAZ vom 6. September 2001 zitieren, weil ich es treffender gar nicht ausdrücken kann: „Der ‚Einstieg in einen öffentlichen Beschäftigungssektor‘ stand bei den Koalitionsverhandlungen 1998 ganz oben auf der Wunschliste der PDS. Seine Erfüllung beschäftigt im Umkreis des Arbeitsministeriums Projektgruppen, Fördermittelagenturen, Qualifizierungsinitiativen und Beratungsdienste in großer Zahl. Solche Einrichtungen sind geradezu eine Einladung an die PDS, die eigene Klientel in halbstaatlichen und privaten Einrichtungen unterzubringen,“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

„die durch stetigen Zufluß staatlicher Mittel krisenfeste Arbeitsplätze bieten.“

(Reinhardt Thomas, CDU:
Genau das ist der Punkt!)

„Daß diese Klientel – im aktuellen Fall sogar die“ ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nun erklären Sie noch, dass Regner PDS-Mitglied ist!)

Ich zitiere weiter: ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Dann sagen Sie ganz bewusst die Unwahrheit. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zurufe von Gerd Böttger, PDS, und Kerstin Kassner, PDS)

Es ist schon bezeichnend, dass der Parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Fraktion es als Unwahrheit bezeichnet, wenn ich wortwörtlich aus Zeitungsartikeln zitiere.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das habe ich eben aber nicht gesagt.)

Das ist schon sehr bezeichnend.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
In der Zeitung steht die Wahrheit pur.)

Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten wahrheitsgemäß weiter,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Die Presse ist heilig, aber sie ist nicht zur Wahrheit verpflichtet.)

was dort zu lesen ist. Ich lese es wahrheitsgemäß vor, was dort zu lesen ist.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS – Gerd Böttger, PDS: Das kann jeder. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na erzählen Sie uns mal noch was aus dem Panoptikum! – Gerd Böttger, PDS: Dann kann ich auch aus dem „Neuen Deutschland“ vorlesen. – Glocke des Präsidenten)

Selbst das „Neue Deutschland“ können Sie nicht mehr für sich in Anspruch nehmen!

(Kerstin Kassner, PDS: Machen wir ja auch nicht.)

Ja, Herr Böttger, selbst das „Neue Deutschland“ können Sie in dieser Affäre nicht mehr für sich in Anspruch nehmen. Die haben auch schon gemerkt, was die Stunde geschlagen hat.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Hervorragend! Hervorragend vom „Neuen Deutschland“! – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Also, ich zitiere weiter, weil Sie es ja so gerne hören. „Solche Einrichtungen sind geradezu eine Einladung an die PDS, die eigene Klientel in halbstaatlichen und privaten Einrichtungen unterzubringen,“

(Reinhardt Thomas, CDU:
Das ist der Sinn der Übung.)

„die durch stetigen Zufluß staatlicher Mittel krisenfeste Arbeitsplätze bieten. Daß diese Klientel – im aktuellen Fall sogar die nächste Verwandtschaft – wiederum über ... gute Beziehungen zum Mutterschiff Arbeitsministerium verfügte, versteht sich von selbst.“

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist Holters ÖBS.)

„ebenso, daß dieses Ministerium als Kontrollinstanz gegenüber seinen Kostgängern nicht besonders wirkungsvoll sein konnte. Die bekanntgewordenen Fälle, die zumindest nach Vettern- und Günstlingswirtschaft riechen, waren keine ‚Pannen‘, wie Holter mit Unschuldsmiene verkündet,“ – wohl wahr –

(Reinhardt Thomas, CDU: Die Unschuldsmiene hat er gelernt.)

„sondern im System angelegte, voraussehbare Folgen des rot-roten Selbstbeschäftigungssektors.“

(Andreas Bluhm, PDS: Was Zeitungen alles so schreiben. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und weiter, meine Damen und Herren: ...

(Barbara Borchardt, PDS: Da sind die Jugend- und Schulsozialarbeiter alle PDS-Mitglieder? Müssen wir mal nachgucken!)

Und weiter, meine Damen und Herren: „Der Sozialstaat produziert solche Folgen an allen Ecken und Enden.“

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Born, machen Sie ruhig noch ein bisschen Zeitungsschau!)

„Doch während anderswo zumindest versucht wird,“

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist eine DDR-typische Einrichtung, die Zeitungsschau.)

„den Sumpf obskurer Beschäftigungs- und Beratungsgesellschaften auszutrocknen, konnte die PDS nicht genug davon bekommen.“ Wie wahr, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber Sie
waren doch gar nicht in der DDR. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Eine hiesige Zeitung beschrieb diesen Umstand als „Sittengemälde“, wie öffentliche Zuwendungen verteilt werden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sie müssen wohl die Zeit auslasten?)

Sie, Herr Minister Holter, haben alles getan, um dieses Bild zu untermauern.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Oh, mein Gott!)

Sie hätten es in der Hand gehabt, Ihre Kritiker eines Besseren zu belehren.

(Barbara Borchardt, PDS:
Die hören doch nicht zu.)

Statt den Arbeitslosen im Land mit sinnvollen Projekten und Weiterbildungsmaßnahmen zu helfen, wieder Fuß zu fassen,

(Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

liegt der Schwerpunkt in Ihrem Arbeitsministerium – zumindest in der Arbeitsabteilung und auf der Chefetage, ich betone das noch mal ausdrücklich, Arbeitsabteilung und Chefetage – jedoch in der Tat darin, sich selbst zu beschäftigen. Ich denke dabei nicht nur an die zahlreichen Unter- und Nebengruppen im Bündnis für Arbeit, bei denen keiner mehr durchsieht – das Bündnis für Arbeit ist längst still und leise mit ruhiger Hand eingeschlafen, wir haben ja gehört, Sie wollen es jetzt wieder aufwecken –,

(Heike Polzin, SPD: Aha!)

ich meine auch das konkrete Beispiel der SBW.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Was Sie so alles nicht wissen!)

Das Ziel des ADAPT-Projektes war es, „Fach- und Führungskräfte in Unternehmen verschiedener Branchen der Region Schwerin durch Maßnahmen der Qualifizierung und Unterstützung gezielt und systematisch in die Lage zu versetzen, selbständig erfolgversprechende außenwirtschaftliche Aktivitäten durchzuführen“.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber zu lange Zeitungsschau ermüdet.)

Für diese Aufgabe erhielt die SBW 517.000 DM, bewilligt im Jahr 1998.

Interessant ist nun, für welche Aufgaben die SBW die beiden Nachschläge erhielt, die übrigens zusammen höher ausfallen als die ursprüngliche Bewilligung. Die SBW erhielt den Auftrag, „die Erfahrungen und Ergebnisse der transnationalen Arbeit aller ADAPT-Träger zu dokumentieren“

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

und ein „Telelearning-System zu entwickeln“, das zukünftigen Existenzgründern notwendiges Wissen und Informationen vermitteln soll.

(Gerd Böttger, PDS: Das ist doch was Gutes. Das ist doch nicht schlecht.)

Hier stellt sich erstens die Frage, ob dieses Projekt dem Anliegen des ADAPT-Programmes überhaupt noch gerecht geworden ist. Zweitens gehe ich davon aus, dass eine Auswertung der Projekte der ADAPT-Träger sicher kostengünstiger im Rahmen einer Diplomarbeit an einer unserer Hochschuleinrichtungen hätte vorgenommen werden können. Drittens stelle ich mir ernsthaft die Frage, ob wir das Geld in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich so dicke haben, dass wir über eine halbe Million DM dafür rauspusten, dass sich die Weiterbildungsträger mit sich selbst befassen, sich subjektiv intern bewerten und dokumentieren und an einer Internetpräsentation arbeiten. Geht es hier wirklich darum, den Betrieben und Fachkräften zu helfen, außenwirtschaftlich erfolgreicher zu arbeiten, oder geht es lediglich um die Absicherung und Zukunft der Weiterbildungsträger, in diesem Fall der SBW? Stehen die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors für Weiterbildungseinrichtungen im Mittelpunkt oder die Menschen, die wieder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt suchen? Muss nicht der neutrale Beobachter den Eindruck bekommen, die Arbeitslosen seien für einige nur Statisten, damit es Weiterbildungsfirmen à la SBW gut geht?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Barbara Borchardt, PDS: Na, dann gucken
Sie sich mal an, was sich hier seit 1990
entwickelt hat in Ihrer Regierungszeit!)

Es ist längst ein offenes Geheimnis, dass sich auf dem hart umkämpften Weiterbildungsmarkt, auf dem – das möchte ich hervorheben – viele engagierte Firmen seriös arbeiten und auch hohe Vermittlungsquoten zu verzeichnen haben, ein Netzwerk schwarzer Schafe gebildet hat, das gar kein Interesse daran hat,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

dass die Arbeitslosen wieder eine Beschäftigung finden. Das Interesse liegt bei diesen schwarzen Schafen eher darin, die Arbeitslosen von einer Weiterbildungsmaßnahme und Umschulung zur nächsten zu schicken. Wer sich mal mit Arbeitslosen unterhält, weiß,

(Barbara Borchardt, PDS: Das machen Sie, ja?!)

wie viel Frust und Resignation ...

(Heiterkeit bei Kerstin Kassner, PDS –
Barbara Borchardt, PDS: Sie
unterhalten sich mit Arbeitslosen.)

Wissen Sie, wenn Sie es nicht tun,

(Barbara Borchardt, PDS: Ich mach' das.)

dann müssen Sie sich fragen, warum Sie eigentlich hier im Parlament sitzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Kerstin Kassner, PDS)

Wer sich mal mit Arbeitslosen unterhält – und Sie scheinen es offensichtlich nicht getan zu haben –, der weiß, wie viel Frust und Resignation diese ganz normale Alltagsrealität auslöst.

(Monty Schädel, PDS: Jaja. –
Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Ich komme zum nächsten Komplex, die Auftragsvergabe an die BBJ Servis GmbH.

Was man im Innenrevisionsbericht zu dem Vergabeverfahren zu Beratungsleistungen im Rahmen der technischen Hilfe der EU-Sozialfonds an die BBJ Servis GmbH findet, würde ich diplomatisch als abenteuerlich bezeichnen. Der mit der Prüfung des Vorgangs beauftragte Mitarbeiter des Holter-Ministeriums drückt sich wiederum auch sehr vorsichtig aus: Laut Aussage im Bericht Innenrevision Arbeitsministerium Mecklenburg-Vorpommern vom 23.08.2001 lässt sich „anhand dieser Unterlagen das Verfahren nicht mit absoluter Gewissheit prüfen“. Der Ministerpräsident hat allerdings gesagt, es ist alles in Ordnung. Also der kann sogar eine Innenrevision ersetzen.

Trotz dieser folgeschweren Aussage stellte sich der Arbeitsminister selbst einen Persilschein aus. Immer wieder hat er gegenüber den Medien betont, die Vergabe sei vollkommen korrekt verlaufen. Ich frage mich, wie kann man so etwas behaupten, wenn die eigenen Leute feststellen, dass die eigenen Unterlagen eine genaue Prüfung der Vorgänge nicht zulassen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist schon mehr als leicht fahrlässig, das ist schlichtweg dreist.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber fahrlässig ist schlimmer als dreist.)

Dass es für den Ministerpräsidenten keinerlei Anhaltspunkte dafür gibt, dass etwas nicht in Ordnung sein könnte, braucht man leider nicht einmal hervorzuheben. Das geht schlicht nach dem Motto „Was nicht sein darf, das nicht sein kann“ oder „Augen zu, nur an Rot-Rot denken und notfalls mit Brachialgewalt durch“.

(Gerd Böttger, PDS: Das war bei Ihnen alles anders, ja?! Das war alles ganz anders.)

Weiter wird im Innenrevisionsbericht ausgeführt: ...

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Weiter wird im Innenrevisionsbericht ausgeführt, ich zitiere: ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wir haben nie solche Skandale gehabt. – Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Glocke des Präsidenten – Dr. Armin Jäger, CDU: Solche Skandale gab es zu unserer Zeit nicht.)

Präsident Hinrich Kuessner: So, ich bitte jetzt wieder dem Redner Herrn Born zuzuhören und die Gespräche untereinander zu lassen! Die Geschichtsbewältigung kann später mal erfolgen.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Dr. Ulrich Born, CDU: Weiter wird im Innenrevisionsbericht ausgeführt: „Zu rügen ist jedoch die mangelhafte

Aktenführung, die einen Verstoß gegen § 3a Nr. 3, § 26 Nr. 3 und § 30 VOL/A darstellt. Danach ist über die Vergabe, die Aufhebung einer Ausschreibung und die Vergabe im Verhandlungsverfahren ein Vermerk zu fertigen, der die einzelnen Stufen des Verfahrens, die Maßnahmen, die Feststellungen sowie die Begründung der einzelnen Entscheidungen enthält.“

An einer späteren Stelle des Berichtes wird dann festgehalten: „Die genauen Gründe der Aufhebung der Ausschreibung (§ 26 Nr. 3 VOL/A) und die Begründung für ein beabsichtigtes Verhandlungsverfahren (§ 3a Nr. 3 VOL/A) sind jedoch nicht ausreichend dokumentiert bzw. geprüft worden.“

(Reinhardt Thomas, CDU: Das sind die Fakten. Das sind die Fakten.)

Ich will deshalb den Weg des 30-Millionen-Auftrages – denn es existiert ja eine Option bis zum Jahre 2006 – einmal von Anfang an skizzieren.

Erstens. Die Ausschreibung wurde viel zu spät vorbereitet. Der Vertrag lief zum 31.12.1999 aus.

Zweitens. Erst am 29. September 1999, also drei Monate vor Vertragsende, wurde die Firma Syseca GmbH mit der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen beauftragt. Die neun Seiten der Ausschreibung waren dem Arbeitsministerium übrigens 70.000 DM wert – neun Seiten Ausschreibung,

(Wolfgang Riemann, CDU: Toll!)

bitte, lassen Sie sich das mal auf der Zunge zergehen! –,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist Wahnsinn. Wahnsinn ist das.)

nach dem Motto „Was kostet die Welt?“.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Warum man hoch dotierte Arbeitsmarktexperten im Ministerium hat – und die haben wir, das hat der Minister ja noch mal bestätigt – und sich trotzdem eine ganz normale Ausschreibung 70.000 DM kosten lässt, übersteigt momentan meine Phantasie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Drittens. Die Ausschreibung erfolgte zwei Monate später am 30. November 1999 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft sowie im Amtsblatt Mecklenburg-Vorpommern.

Viertens. Zur gleichen Zeit, nämlich im November 1999, bewarb sich der damalige geschäftsführende Gesellschafter der BBJ, Herr Ronald Klinger, im Arbeitsministerium als Grundsatzreferent in der Arbeitsabteilung. Ronald Klinger wurde auf Minister Holters Veranlassung eingestellt, wie der Arbeitsminister gegenüber der SVZ selbst zugegeben hat. Ich denke, das gilt nach wie vor. Auf PDS-Veranstaltungen hätte Herr Minister Holter den Herrn Klinger als kompetenten Fachmann kennen gelernt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Fünftens. Am 6./7. Januar 2000 findet dann eine von ...

(Gerd Böttger, PDS: Nicht nur die CDU hat Kompetenz. – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS – Glocke des Präsidenten – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Fünftens. Am 6./7. Januar 2000 findet dann eine von BBJ organisierte Reise des Arbeitsministers nach Dänemark statt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Lustreisen.)

Begleitet wurde Herr Minister Holter unter anderem vom zweiten BBJ-Geschäftsführer. Ich gehe einmal davon aus, ohne der Antwort auf unsere diesbezügliche Kleine Anfrage vorgreifen zu wollen, dass für die BBJ die kleine Reise durchaus nützlich war.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ja. Alles in Ordnung, Herr Ministerpräsident!)

Sechstens. Am 21. Januar 2000 wandte sich dann der Aufsichtsratsvorsitzende der BBJ, Herr Peter Deutschland, immer noch DGB-Vorsitzender Nord, schriftlich an den Minister und an den Staatssekretär und wies darauf hin, dass über den 31. Januar 2000 hinaus in den vier BBJ-Regionalbüros kein Personal und so weiter vorgehalten werden könne und das Personal entlassen werden müsse – sprich: BBJ war pleite –, es sei denn, es wird ihnen unter die Arme gegriffen.

Siebtens. Und siehe da, nur drei Tage später wurde die Ausschreibung mit den letzten drei von insgesamt 15 Bewerbern aufgehoben. Was für ein glücklicher Zufall!

Achtens. Weiter verhandelt wurde dann mit zwei Bietern, wobei der dritte, die IABG, ohne Begründung aus dem Verfahren regelrecht rausgeworfen wurde.

Neuntens. Zwischendurch wurde, das will ich nicht vergessen zu erwähnen, da die Ausschreibung nicht rechtzeitig durchgeführt worden ist, eben mal ein Überbrückungsvertrag, ich wiederhole, ein Überbrückungsvertrag mit der BBJ gemacht,

(Reinhardt Thomas, CDU:
Das ist doch nicht zu glauben!)

und zwar für den Januar 2000 – Kosten: 238.000 DM –,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

unterschrieben am 28. Dezember 1999, wieder nach dem Motto „Geld spielt keine Rolle – Hauptsache, es nützt der BBJ!“ Ich möchte darauf hinweisen, der Vertrag lief offiziell am 31.12.1999 aus. Und ein solcher Überbrückungsvertrag sollte etwa nicht den Ausgang des Vergebefahrens präjudizieren? Wollen Sie uns das ehrlich hier verkaufen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Das können Sie jemandem erzählen, der sich die Hose mit der Kneifzange zumacht, aber nicht dem frei gewählten Parlament.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. –
Reinhardt Thomas, CDU: Das kann er
nur seiner eigenen Fraktion erzählen.)

Zehntens. Ferner möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass das Verfahren zur Bewertung der Anbieter in der Form geändert worden ist, dass kostenrelevante Faktoren

zurückgestellt worden sind. Dazu heißt es wörtlich im Innenrevisionsbericht: „Die Änderung des Bewertungsverfahrens erscheint zweifelhaft und könnte Gegenstand der Kritik sein.“ Ja, das kann man wohl sagen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Elfte. Das alles lief – und auch das möchte ich betonen – im stillen Kämmerlein ab. Und wenn die Prüfer Glück hatten, fanden sie sogar ein paar handschriftliche Notizen zu dem Vorgang.

Zwölftens. Am 1. Februar 2000 trat Herr Klinger seinen Dienst im Arbeitsministerium an und am 4. Februar 2000 gab es dann ein Happy End für die anscheinend angeschlagene BBJ, nämlich den Zuschlag. Am 8. Februar wurde der Vertrag unterzeichnet.

Dreizehtens. Das Angebot der BBJ lag für den Zeitraum bis 2003 immer noch 2,44 Millionen DM über dem Angebot vom LFI, obwohl es nochmals um 2,734 Millionen DM reduziert worden ist. Das heißt, das ursprüngliche Angebot von BBJ lag über 5 Millionen DM höher als das vom LFI. Eine Begründung für die trotzdem bestehende höhere Wirtschaftlichkeit wurde, wie bereits erwähnt, nicht gegeben –

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das stimmt gar nicht.)

wie wohl auch, das frage ich Sie.

Vierzehntens. Da wundert es auch niemanden mehr, dass die hausinternen Prüfer ganz nüchtern sachlich anmerken: „Ein Protokoll oder ein Vermerk über die Entscheidung aufgrund der Bewertung liegt derzeit nicht vor.“

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wann liegt es denn vor, Herr Holter? Wann liegt es denn vor?)

Wozu muss man das denn auch noch begründen? Wer will aufgrund der Fakten noch ernsthaft daran zweifeln, dass von Anfang an klar war, BBJ sollte den Auftrag bekommen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja sicher.)

Wollen Sie, Herr Minister Holter, uns allen Ernstes immer noch weismachen, dass die Ausschreibung etwas anderes war als reine Makulatur?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wollen Sie auch heute noch immer ernsthaft bestreiten, dass dafür getrickst und gemauschelt wurde, in einer Weise, dass sich die Balken im Arbeitsministerium gebogen haben müssen?

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie EU-Kontrolleure im März 2000 alte Verträge mit der BBJ einschätzten. Auch das ist ordnungsgemäß im Bericht der Innenrevision vermerkt. Das Preis-Leistungs-Verhältnis des Vertrages mit der BBJ wurde als dürftig eingeschätzt. BBJ, Augen zu und durch – so kann man die Sache auf den Punkt bringen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Hört, hört!)

Alle Warnungen, die Hände von dieser Firma zu lassen, wurden in den Wind geschlagen, obwohl diese zahlreich waren.

Mein Kollege Herr Fraktionsvorsitzender Rehberg hat darauf hingewiesen, was gerade heute wieder nachzulesen ist. Ist es etwa frei erfunden, wenn der „Spiegel“ in

seiner heutigen Ausgabe berichtet, im Arbeitsministerium habe es ausreichend aktenkundige Hinweise gegeben, dass sich die BBJ nicht immer an Recht und Gesetz hält? Da ist von Vertrauensbruch und Empfehlungen, die Zusammenarbeit zu beenden, die Rede.

(Reinhardt Thomas, CDU: Alles Steuergelder!)

Nicht zuletzt sollte man sich, wenn Millionenaufträge vergeben werden, umfassend über die Geschäftspraktiken der Anbieter kundig machen. Ich bin immer davon ausgegangen, dass das selbstverständlich ist. So weit hätten Sie, Herr Minister Holter, aber gar nicht gucken müssen. 1997 gab es in Brandenburg einen Untersuchungsausschuss,

(Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

bei dem die BBJ eine herausragende Rolle gespielt hat. Die Vorgehensweise der BBJ verläuft immer nach dem gleichen Strickmuster. Auch in Brandenburg wechselte eine Gesellschafterin der BBJ als Referatsleiterin ins Sozialministerium und sorgte mit einer auf BBJ zugeschnittenen Ausschreibung für eine Auftragsvergabe an BBJ,

(Reinhardt Thomas, CDU:
Also war das Vorsatz! Unbedingt!)

obwohl das BBJ-Angebot 1,2 Millionen DM über dem niedrigsten Angebot lag. Im „Spiegel“ heißt es wörtlich, und der bezieht sich dabei auf den Brandenburger Landesrechnungshof: „Das Ministerium habe nicht nur gegen grundlegende Bestimmungen verstoßen, sondern den gesamten Ausschreibungsvorgang ad absurdum geführt.“ Das kommt mir sehr bekannt vor, die Parallelen sind doch wirklich unübersehbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Reinhardt Thomas, CDU: Ja, genau so ist das.)

Dass das ein Kreislauf ist, bei dem sich das Arbeitsministerium immer mehr in die vollständige Abhängigkeit der BBJ begibt, muss kaum noch hinzugefügt werden.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Reinhardt Thomas, CDU)

Die BBJ hat auch das neue Arbeitsprogramm, dass das AQMV im nächsten Jahr ablösen soll, geschrieben. Auch dieses Programm ist offenkundig auf die Bedürfnisse der Beraterfirma BBJ zugeschnitten. Meinen Sie wirklich, Herr Minister Holter, es sei das Arbeitsministerium, das die Richtlinien der Arbeitsmarktpolitik in unserem Land vorgibt, oder erkennen Sie nicht wenigstens heute, dass augenscheinlich die Richtlinien der Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern durch eine international operierende Unternehmensgruppe bestimmt werden, die in erster Linie nur ihre eigenen Ziele vertritt?!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Herr Minister Holter, Sie sind doch offensichtlich längst nicht mehr in der Lage, die von BBJ verbindlich geschaffenen Strukturen aufzubrechen. Halten Sie es vielleicht gar für zu weitgehend, wenn man die Frage stellt, ob Sie nicht über weite Strecken Ihrer Arbeitsmarktpolitik von BBJ ferngesteuert werden?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war heute deutlich.)

Kommen wir zum nächsten Fall, die Auftragsvergabe ohne Ausschreibung an die BBJ zur Einrichtung einer

Agentur für transnationale Arbeitsmarktpolitik im Ostseeraum.

In diesem Fall konnte Herr Minister Holter nicht umhin einzuräumen, dass es in seinem Haus zwei verschiedene Rechtsauffassungen gibt. Allerdings hat sich auch in diesem Fall die Rechtsauffassung zugunsten der BBJ durchgesetzt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wen wundert das?)

Obwohl die Grundsatzabteilung des Arbeitsministeriums offiziell und recht nachdrücklich ihre rechtlichen Bedenken hinsichtlich eines Ausschreibungsverzichtes im vollen Umfang aufrecht erhält,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

wird auf deutlichen Druck Klingers und des Staatssekretärs

(Wolfgang Riemann, CDU: Filz, Filz, Filz!)

der Auftrag ohne Ausschreibung im Februar 2001 an die BBJ vergeben.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Da wird von den Fachleuten eindringlich eine EU-weite Ausschreibung gefordert, weil der Gesamtauftragswert des Auftrages die in der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge festgelegten Schwellenwerte überschreitet, und zwar deutlich überschreitet,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und der Auftrag in der Natur der Sache liegend über einen längerfristigen Zeitraum angelegt ist.

(Zuruf von Herbert Helmrich, CDU)

Es wird auch vor einer Aufhebung der Chancengleichheit gewarnt, wenn der Auftrag ohne Ausschreibung an BBJ vergeben wird.

Ja, Herr Minister, ich bestätige noch einmal ausdrücklich: Sie haben hervorragende Mitarbeiter in Ihrem Hause übernommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig! Genau so
ist es! – Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Sie haben hervorragende Mitarbeiter übernommen, die Sie rechtzeitig gewarnt haben, aber Sie haben es für nötig befunden, andere ins Ministerium zu holen, die gedacht haben, es kommt nur darauf an, die eigene Klientel zu bedienen und den Genossenfilz voranzutreiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. –
Gesine Skrzepski, CDU: Genau, genau, genau!)

All diese Warnungen Ihrer eigenen Mitarbeiter haben Sie in den Wind geschlagen, weil auch dieser Auftrag schlicht an BBJ gehen sollte. Herr Klinger hatte inzwischen das Ruder fest in der Hand und alle Bedenken wurden einfach weggedrückt.

Das Argument von Herrn Klinger in einem Vermerk vom 26. März 2001 ist somit auch wenig fachlich begründet, sondern eher politisch zu sehen. Zitat: „Aus fachlicher Sicht weise ich auf die Konsequenzen einer weiteren Verzögerung des Abschlusses eines entsprechenden Dienstleistungsvertrages bzw. auf die zu erwartende Einstellung der Leistungserbringung durch die BBJ-Servis GmbH hin.“ Und jetzt hören Sie einmal genau zu, bitte!

(Reinhardt Thomas, CDU: Der Justizminister geht raus. Der kann es nicht mehr ertragen.)

Ja, er muss sich vielleicht mal mit seiner Staatsanwaltschaft konsultieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Paragraph 266 StGB „Untreue“. – Reinhardt Thomas, CDU: Das sind Zahlen und Fakten, was hier vorgetragen wird.)

Ich glaube, er muss den Bereich Wirtschaftskriminalität in seiner Staatsanwaltschaft verstärken, einen Schwerpunkt bilden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich zitiere den stellvertretenden Abteilungsleiter, der nach wie vor Dienst tut im Ministerium: „Aufgrund der mehrfachen, persönlichen Präsenz von VIII M ...“ –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Holter!)

gemeint ist der Minister Holter, um es nur allen deutlich zu machen – „bei der Vereinbarung von arbeitsmarktpolitischen Vorhaben mit der polnischen Seite ... und skandinavischer Seite hätte diese Ansehensschädigung auch eine personifizierbare Seite.“ So weit das Zitat. Unterm Strich bedeutet dies: Wenn jetzt nicht endlich der Vertrag mit BBJ gemacht wird, schadet das dem Genossen Helmut Holter persönlich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Filz, Filz, Filz!)

So nimmt dieser Minister seine Verantwortung in seinem Ministerium wahr.

(Unruhe und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Hört, hört! – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Spätestens hier wird klar: BBJ hat erfolgreich ans Mutterschiff Arbeitsministerium angedockt

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und ist zur Schaltzentrale für die BBJ geworden. Der Commander ist längst nicht mehr Herr Holter, sondern Herr Klinger.

(Heiterkeit bei Dr. Berndt Seite, CDU)

Das macht mir den Übergang zum letzten Komplex einfach. Es geht um die Einstellung Ronald Klingers für den höheren Dienst trotz möglicher Kenntnis seiner Stasibelastung.

Und wieder hat sich Arbeitsminister Helmut Holter heillos in Widersprüche verstrickt. Einerseits behauptet er im „Nordkurier“ vom 7. September wortwörtlich, dass ihm Klinger bei seiner Einstellung nichts verschwiegen hätte, ich wiederhole, nichts verschwiegen hätte. Andererseits hat er auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 4. September 2001 mit dem Ministerpräsidenten am gleichen Tag deutlich gemacht, dass er Klinger nicht eingestellt hätte, wenn er von seiner Stasibelastung gewusst hätte.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Ach! – Wolfgang Riemann, CDU: Jaja.)

Herr Minister, klären Sie uns bitte auf: Welche Ihrer beiden Aussagen trifft eigentlich zu? Vielleicht keine von beiden?

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich sage Ihnen hier klipp und klar: Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, wer an den Schalthebeln der Geldquellen für den Arbeitsmarkt sitzt. Nirgendwo gibt es mehr Geld zu verteilen als in der Arbeitsabteilung,

(Barbara Borchardt, PDS: Ja?! – Unruhe bei Angelika Gramkow, PDS)

so das AQMV über 250 Millionen DM. Da möchte man schon die Gewissheit, dass dort charakterlich und fachlich geeignete Mitarbeiter sitzen.

Ganz nebenbei gibt es auch noch ein Landesbeamten-gesetz, das die Regelanfrage bei der Birthler-Behörde für Mitarbeiter des höheren Dienstes vorsieht. Auch hier schweben wir noch im Nebel diffuser Äußerungen. Zunächst wurde seitens ihres Sprechers Helfried Liebsch erklärt, das Arbeitsministerium ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie schweben öfter im Nebel. Das ist wohl wahr.)

Ja, Sie stehen im Dunst, das ist leider das Problem.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Zunächst hat Ihr Sprecher erklärt, das Arbeitsministerium hätte erst im August 2001 von der Stasibelastung Klingers erfahren. Später präzisierte Ihr Sprecher, Herr Minister Holter, das Ergebnis wäre im Juli 2001 eingetroffen. Laut „Spiegel“ vom 15. September 2001 ist das Ergebnis der Regelanfrage aber bereits am 28. März 2001 an das Arbeitsministerium geschickt worden. Dann wollten Sie auf einmal wieder erst nach Ihrem Urlaub am 13. August 2001 davon erfahren haben. Was dürfen wir uns nun eigentlich aus diesem Erklärungssalat aussuchen?

(Reinhardt Thomas, CDU: Keine Antworten hat er heute gegeben. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Oder waren Sie tatsächlich von Anfang an eingeweiht

(Reinhardt Thomas, CDU: Natürlich.)

und wollten Klinger trotz möglicher schwerer Stasibelastung im Amt behalten?

(Reinhardt Thomas, CDU: Alte Freunde müssen versorgt werden.)

Können Sie eigentlich einmal mitteilen, warum Herr Klinger als Referatsleiter nicht verbeamtet wurde? Muss ich wirklich noch die Frage stellen, ob er vielleicht die beamtenrechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllte?

(Angelika Gramkow, PDS: Restriktive Verbeamtung innerhalb der Landesregierung, Herr Dr. Born.)

Muss ich Sie ernsthaft an Paragraph 8 Landesbeamten-gesetz erinnern, wonach jemand nicht verbeamtet werden kann und darf,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und so was schützt die SPD noch!)

wenn er für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet hat?

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Das stimmt so nicht.)

Herr Minister Holter, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Zitieren Sie wenigstens korrekt!)

Ja, ich weiß, dass Ihre Maßstäbe sehr relativ sind, wenn es um Stasibelastungen geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nein, der
Text! Der Text! Der Text, Herr Born! –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Herr Kollege Dr. Schoenenburg, die Maßstäbe des Gesetzes sind eindeutig und noch gilt das Gesetz in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das hat
wieder mal bewiesen, dass Sie hier Halb-
wahrheiten und Unwahrheiten wiedergeben.)

Herr Minister Holter, ...

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ich habe das Gesetz sehr genau nachgelesen, das hier dieses Hohe Haus beschlossen hat.

(Barbara Borchardt, PDS: Gelesen ja, aber nicht
zitiert. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Nicht vollständig zitiert.)

Herr Minister Holter, wenn nicht alles, was über Herrn Klinger ...

Es sei denn, er kann die Zweifel ausräumen – das kann er ja mal versuchen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, ja, ja.)

Nach dem, was er selbst gesagt hat, ...

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Barbara Borchardt, PDS: Jaja.)

Nach dem, was er selbst öffentlich erklärt hat, kann von Zweifel ausräumen keine Rede sein, sondern, ganz im Gegenteil, er hat es ja voll bestätigt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie haben
immer noch nicht ordentlich zitiert.)

Herr Minister Holter, wenn nicht alles, was über Herrn Klinger in den Zeitungen stand –

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

und was er übrigens sogar in einem Interview selbst zugegeben hat –, frei erfunden ist, dann fordere ich Sie hiermit in aller Form auf: Haben Sie wenigstens jetzt das Kreuz, zu Ihrem Rechts- und Tabubruch zu stehen! Entschuldigen Sie sich bei den unzähligen Opfern der Stasi in diesem Land,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Mir kommen die
Tränen. – Unruhe bei Angelika Gramkow, PDS)

die von einem Minister, der seinen Amtseid auf Grundgesetz, Landesverfassung und die Gesetze geleistet hat, erwarten,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Entschuldigen Sie sich erst mal für Ihre Minister-
tätigkeit und Ihre Opfer, Herr Dr. Born!)

dass er nicht wider Recht und Gesetz wesentlich frühere Stasimitarbeiter in Führungspositionen beschäftigt!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Versuchen Sie bitte nicht, auch in diesem Fall wiederum Ihre höchst persönliche Verantwortung zu delegieren und auf Mitarbeiter abzuwälzen! Sie, Herr Minister Holter, tragen für diesen Mitarbeiter, für die hochrangige Beschäftigung in Ihrem Ministerium ganz persönlich, ganz persönlich und ganz allein die Verantwortung. Niemand sonst!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie waren
dafür der große Entlasser als Justizminister,
und zwar gegen Recht und Gesetz.)

Erinnern Sie sich, Herr Minister Holter, eigentlich noch daran, dass Sie einmal angetreten sind – Sie haben es vorhin ja wieder plakativ hier so in den Raum gestellt – und den Menschen Transparenz versprochen haben? Wenn Sie ehrlich sind, wollen Sie ernsthaft bestreiten, dass Sie in den letzten Wochen vor allem damit beschäftigt waren, unangenehme, peinliche, skandalöse, unappetitliche Sachverhalte zu verschleiern, anstatt aufzuklären?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und ich sage noch einmal – das kommt ja nicht von ungefähr –, am liebsten würden Sie uns wahrscheinlich das Recht streitig machen, Kleine Anfragen zu stellen, jedenfalls so zu stellen, wie wir es für richtig halten, nicht, wie Sie es gerne hätten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Schauen Sie bitte einmal in die Verfassung, welchen Auftrag das Parlament hat, nämlich die Arbeit der Regierung zu kontrollieren. Und das ist auch gut so und überaus angebracht.

Wenn Sie wenigstens sich selbst gegenüber ehrlich sind, Herr Minister Holter, wissen Sie doch nur zu gut, Ihre chaotische Arbeitsmarktpolitik ist nicht mehr zu händeln, Sie haben sich komplett verrannt. Wie Sie das neue BBJ-Arbeitsmarktprogramm mit der geplanten Regionalisierung zum 1. Januar 2002 umsetzen wollen, steht in den Sternen. Die ABM-Kassen sind leer und die Fragen zu Ihrer sauber arbeitenden Arbeitsabteilung türmen sich vor Ihrem Haus, so dass Sie keinen Lichtstrahl mehr in Ihr Fenster fallen sehen können. Sie waren drei Jahre Lerner, wie Sie selbst gesagt haben,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Und Sie
haben immer noch nicht dazugelernt.)

nur die Menschen im Land, die auf Hilfe gewartet haben, haben Sie dabei im Stich gelassen.

Der Bericht der Innenrevision, von Ihren eigenen Mitarbeitern gefertigt, ist eine Bankrotterklärung Ihrer drei Jahre als teurer lernender Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Gesine Skrzepski, CDU: Genau!)

Statt Ihre Hausaufgaben zu machen, für die Sie einen Eid auf unsere Verfassung gesprochen haben,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

haben Sie sich von anderen Leuten, die etwas cleverer sind als Sie, gnadenlos über den Tisch ziehen lassen. Sie

sind schon lange nicht mehr Herr in Ihrem Haus und Sie wissen das! Sie haben dem Land einen finanziellen und einen moralischen Schaden zugefügt, den ein normaler Mensch in seinen ganzen Dimensionen kaum noch erfassen kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie haben geradezu panikartig Ihren Staatssekretär und andere leitende Mitarbeiter davongejagt, als Missstände offenkundig wurden, die Sie längst kannten. Sie haben in der Ausschusssitzung am 30. August ausdrücklich bestätigt, und das muss man sich hier noch mal ganz deutlich bewusst machen, dass Sie stets korrekt und umfassend von Ihren Mitarbeitern, insbesondere von Ihrem Staatssekretär informiert worden sind.

(Reinhardt Thomas, CDU:
So wird's wohl auch gewesen sein.)

Die Entlassung Ihres Ihnen gegenüber, wie Sie selbst hervorgehoben haben, stets loyalen Staatssekretärs und anderer Mitarbeiter aus Ihrem Ministerium kann in einer parlamentarischen Demokratie nicht die adäquate Antwort auf das Versagen und die höchst persönliche Verantwortung eines Ministers sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das geradezu katastrophale Ergebnis Ihrer Arbeitsmarktpolitik, die seit Wochen anhaltende Aneinanderreihung öffentlicher Skandalvorwürfe wegen Vorgängen unter Ihrer persönlichen Verantwortung sind nicht das Ergebnis eines bösen Medienkomplotts

(Heiterkeit bei Götz Kreuzer, PDS)

oder Ausdruck einer Kampagne, nein, sie sind der Beleg für Ihr persönliches Scheitern als Arbeitsminister.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Ministerpräsident dieses Landes ist offensichtlich aus rein parteipolitischen Räsön zu schwach, die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –
Reinhardt Thomas, CDU: Er ist
der Diener seines Herrn Ritter.)

Deshalb zeigen wenigstens Sie, Herr Minister Holter, in dieser für das Land schlimmen Situation Format und nur ein wenig Anstand und wenden Sie weiteren Schaden für das Land Mecklenburg-Vorpommern ab! Machen Sie durch Ihren Rücktritt den Weg frei für einen personellen und inhaltlichen Neuanfang in der Arbeitsmarktpolitik! Damit, Herr Minister Holter, erweisen Sie den Arbeitslosen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Den Bauarbeitern.)

dem Land Mecklenburg-Vorpommern und sich selbst einen notwendigen Dienst. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Gesine Skrzepski, CDU: Sehr gut.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Vielen Dank, Herr Präsident!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die wahrhaft geistreichen Vorträge meines Kollegen Rehberg und des

Herrn Born in diesem Saal veranlassen mich dazu, hier Vorbemerkungen zu machen. Wie Sie ja alle wissen, ist der Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen Roland Koch zurückgetreten wegen seiner Verstrickungen in Chaos, Unklarheiten und Unwahrheiten – nein, das stimmt nicht, stimmt nicht!

(Heiterkeit bei Hannelore Monegel, SPD,
und Annegrit Koburger, PDS)

Aber dann frage ich Sie, lieber Kollege Rehberg und lieber Kollege Born: Woher nehmen Sie sich das verdammte Recht heraus, hier mit dem moralischen Zeigefinger auf uns und auf diese Landesregierung zu zeigen?! Das möchte ich mal wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Kehren Sie
erst mal vor der eigenen Tür!)

Zweitens.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das ist doch dieser Landtag.)

Ja, ja, wer schreit, hat Unrecht.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Kennen Sie das Sprichwort nicht, Kollege Jäger?

Zweitens. Ich möchte diese Debatte auf die Ebene des Parlaments bringen und widmen.

(Rainer Prachtl, CDU: Dummer Vergleich.)

Drittens. Auch das kann ich mir einfach nicht verkneifen, der Herr Dr. Born hat hier in der Art eines Rechtsanwaltes in Form –

(Siegfried Friese, SPD: Eines schlechten.)

wer die Fernsehserie kennt – eines Matlock ein schlechtes Plädoyer gehalten, mehr war das nicht. Und Sie hätten damit jeden Prozess verloren, das wissen Sie ganz genau.

Und zu einem Punkt, den Sie hier ständig im Mund geführt haben, meine Damen und Herren von der Opposition: Es ist unbestritten, dass Sie Rechte haben als Opposition.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Ach, das ist ja nicht zu glauben!)

Aber Sie vergessen eins, ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sehen Sie! Das wussten Sie noch gar nicht, nicht?!

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber eins ist klar: Dazu gehören auch Rechte. Und das vergessen Sie immer sehr geflissentlich, meine Damen und Herren von der CDU. Das müssen Sie sich auch mal hinter die Ohren schreiben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben sich
versprochen eben. – Harry Glawe, CDU:
Sie meinen wohl Pflichten. – Zuruf
von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte heute auf zwei Dinge eingehen. Erstens: Wie gehen wir hier eigentlich miteinander um?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Man kann
nicht mal einen Satz zu Ende reden.)

Und zweitens spreche ich zum Antrag auf Entlassung des Ministers Holter. Das Thema Arbeitsmarktpolitik gehört nicht auf diese Sitzung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach?!)

Das sollten wir dann diskutieren, wenn sich ein ordentlicher Antrag zu diesem Thema auf der Tagesordnung des Landtages befindet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dazu komme ich aber noch.

Meine Damen und Herren, Sondersitzung: Zwei Tage nach der ordentlichen Sitzung des Landtages kommen wir wieder zusammen, weil die CDU tatsächlich glaubt, mit ihren Sperenzchen genügend Stoff zu haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das hätte früher sein können.)

um der Landesregierung so richtig Ärger zu machen, und vor allem natürlich, um mit dem designierten Spitzenkandidaten, dem neuen Rehberg, eine gute Show zu bieten. Meine Damen und Herren, warum das, obwohl die letzte Landtagssitzung am vergangenen Freitag schon gegen 13.00 Uhr beendet war, warum dann die Sondersitzung nicht auch am vergangenen Freitag noch absolviert werden konnte,

(Reinhardt Thomas, CDU:
Anwalt für Subunternehmen.)

ist einem Außenstehenden natürlich nicht zu erklären. Fakt ist allerdings der, es geht der CDU nämlich nicht um die Inhalte, sondern einzig und allein darum, zur besten Medienzeit die Attacke auf Rot-Rot zu fahren. Und dafür nehmen wir dann schon mal in Kauf, dass diese Sitzung unter anderem auch einen Haufen Geld kostet.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Alles Argumente aus Ihren Reden! Das können wir alles mit Quellen nachweisen, Kollege Rehberg.

Es ist Folgendes festzuhalten: Die SPD-Fraktion hält den Beratungsgegenstand dieser Sondersitzung, so, wie er von der CDU-Fraktion benannt wurde, für unzulässig nach unserer Geschäftsordnung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Bislang war es in diesem Landtag unbestritten, dass zur Sondersitzung immer nur jeweils ein Beratungsgegenstand benannt werden darf. Das entspricht im Übrigen der Auslegung des Rechtsausschusses, bei uns zuständig für Geschäftsordnungsfragen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das haben
Sie nicht ganz richtig verstanden.)

Und, meine Damen und Herren, diese Auslegung stammt aus dem Jahre 1996 und wurde bis zu dieser heutigen Sondersitzung auch nie, auch nie von der Union in Frage gestellt. Deshalb noch einmal ganz deutlich: Die Benennung der Beratungsgegenstände „Vorgänge im Ministerium für Arbeit und Bau“ und so weiter und gleichzeitig „Situation der Arbeitsmarktpolitik“ ist grundsätzlich nicht statthaft und deshalb wird die CDU zum zweiten Punkt von uns auch keine Bemerkungen hören. Vielleicht gibt es dann ja demnächst, wenn die CDU es ernst meint mit der Arbeitsmarktpolitik, ein Duell der arbeitsmarktpolitischen Sprecher der Fraktionen hier im Plenum. Ach

Gott, das geht ja nicht! Die CDU hat ja gar keinen fachpolitischen Sprecher für den Arbeitsmarkt. Oder kennt den jemand?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Heinz Müller, SPD:
Aha! – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Herr Rehberg kann alles.)

Na ja, ein Schelm, der Böses dabei denkt.

(Harry Glawe, CDU: Ach, Sie können
nicht lesen. Das ist Ihr Problem.)

Meine Damen und Herren, nun kommen wir zum eigentlichen, wahrhaftigen Anliegen der CDU. Am Freitagnachmittag – gutes Timing, Herr Kollege –, am Freitagnachmittag also trudelt ein Antrag der CDU-Fraktion bei uns ein. Inhalt neben dem arbeitsmarktpolitischen Rundumschlag des Herrn Rehberg: die Forderung nach Entlassung des Arbeitsministers.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU,

(Harry Glawe, CDU: Das
wird 'ne Gewerkschaftsrede.)

nun haben Sie mit Ihrer Kampagne doch schon so viel Zeit gehabt und dann erdreisten Sie sich doch tatsächlich, ein solch schlecht geschriebenes, albernes und jeden halbwegs intelligenten Menschen verhöhrendes Papier vorzulegen?!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Peter Ritter, PDS)

Meine Güte, dieser Antrag – und das sage ich Ihnen ganz ernsthaft – und vor allen Dingen seine Begründung lesen sich wie ein Bilderbuch der inneren Psyche der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine wirklich ernsthafte Bemühung, hierzu ein passendes Zitat zu finden, war dann auch erfolgreich und ich zitiere Mark Twain, der sagte: „Das Recht auf Dummheit wird von der Verfassung geschützt. Es gehört zur Garantie der freien Persönlichkeitsentfaltung“, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Widmen wir uns gezwungenermaßen den neun Punkten Begründung, warum der Arbeitsminister sozusagen seinen Hut nehmen soll, zumindest wenn die CDU das Sagen hätte. Übrigens, Herr Kollege Rehberg, diesen dummen Spruch von der ruhigen Hand in Anlehnung an den Bundeskanzler, wir sehen das ja nun auch, hätten Sie sich wenigstens nicht den sparen können, von wegen Niveau?! Übrigens hat Herr Born das in seiner Rede gleichfalls getan. Dadurch wird es auch nicht besser, liebe Kollegen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich habe von
ruhiger Hand überhaupt nichts gesagt.
Sie müssen mal richtig zuhören.)

Das können Sie nachher im Protokoll nachlesen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da habe
ich keinen Ton von gesagt.)

Also zu den Punkten:

Punkt 1. „Die Ehefrau“ – ich zitiere immer aus der Begründung der CDU-Fraktion, die begründen soll, dass der Arbeitsminister entlassen werden soll – „des Staatssekretärs hat eine Firma ...“ Diese verzeichnete,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Er bezeichnet die Ansprüche des Bundeskanzlers als dumme Sprüche. – Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist sein Problem.)

so wörtlich in der Begründung, „wundersame Steigerungen“. Das ist hinreichend erläutert, insbesondere auch durch einen langen und detaillierten Brief des Herrn Arbeitsministers. Aber das ist der CDU ja wurscht.

(Minister Till Backhaus: Sind ja auch nur noch sechs Abgeordnete der CDU da. So ernst nehmen sie das.)

Punkt 2. Frau des Ministers arbeitet bei besagter Firma. Dass das seit 1996 der Fall ist, also bevor Herr Holter Minister wurde,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wir haben doch hier keine Sippenhaft.)

und sie außerdem auch nie eine Lehrtätigkeit ausgeübt hat, sondern als Sozialarbeiterin tätig war, egal, ein bisschen Dreck wird sicher kleben bleiben, nicht wahr?!

Punkt 3. Eine neu gegründete Firma, und jetzt wörtlich, „wirft ... mehr Fragen als Antworten auf“. Haben Sie eigentlich auch Juristen bei der Formulierung Ihrer Begründung dabei gehabt? Kann man sich eigentlich nicht vorstellen, denn selbst jeder Winkeladvokat würde sich bei einer solchen Begründung aus dem Staub machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich sage Ihnen was: Dieser Punkt 3 in Ihrer Formulierung hätte auch lauten können: „In Nepal ist das Wetter schön und wir hoffen, dass das so bleibt.“

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Reinhard Dankert, SPD: Nichts gegen Nepal!)

Nein, nichts gegen Nepal.

Punkt 4. Die „Finanzierung der Fahrt ... nach Dänemark ist bisher ungeklärt.“ Ungeklärt? Die CDU, Dr. Born hat es sehr eindrucksvoll getan, die CDU stellt dazu eine Kleine Anfrage, wartet die Antwort natürlich nicht ab und behauptet dann in der Antragsbegründung, die Sache sei ungeklärt. Ein sehr eigenartiges Parlamentsverständnis!

(Peter Ritter, PDS: So viel zu den Beweisen.)

Und an der Stelle auch noch mal zu den Kleinen Anfragen der CDU und den Rechten der Opposition: Ich sagte was von Pflichten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nee, haben Sie nicht gesagt. – Harry Glawe, CDU: Sie haben zweimal von Rechten gesprochen. Die Pflichten haben Sie vergessen.)

Die Pflicht bedeutet ganz eindeutig, dass sie maximal – bei großzügiger Auslegung – eine Kleine Anfrage mit acht Einzelfragen belassen dürfen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

Sie haben die letzte Kleine Anfrage gestaltet mit 39 Fragen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja hochinteressant. Da fängt es an. Wehret den Anfängen!)

Das heißt also, Ihr Vorsitzender hat hier eine Zahl genannt, die müssen Sie mit 20 multiplizieren, dann kommen Sie ungefähr da an, wo die CDU in Wirklichkeit steht mit ihren Kleinen Anfragen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie wollen der Opposition das Fragerecht absprechen. Jetzt haben Sie es ja offenbart. Vielen Dank! – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Punkt 5. Verträge mit der BBJ zum ESF und zur Ostseekonferenz werfen ebenfalls noch viele Fragen auf. Auch hierzu hat der Minister, nicht zuletzt vorhin in seinem Beitrag, umfangreich Stellung bezogen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der CDU ist das aber nicht genug, weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das war alles aufgeschrieben vorher in seiner Rede.)

Punkt 6. Es ergeben sich „Fragen im Zusammenhang mit der Einstellung des ehemaligen geschäftsführenden Gesellschafters der BBJ im zeitlichen Zusammenhang mit den Vertragsverhandlungen und dessen Stasi-Vorwürfe“, in epischer Breite hier noch mal vorgetragen von Herrn Dr. Born. Ich sage Ihnen, auch hier gilt das Gleiche wie bei Punkt 5. Ihre Methode, Behauptungen aufzustellen und dann dagegen zu Felde zu ziehen, bringt einfach nichts. Und verkaufen Sie die Leute draußen nicht für dumm!

(Harry Glawe, CDU: Ich habe selten eine so schwache Rede von Ihnen gehört, Herr Schlotmann.)

Dass Sie das mit uns ständig versuchen, ist uns ja mittlerweile bekannt.

Punkt 7. „Die Einführung des ... (ISAP) ist von vielen Pannen begleitet“ – Behauptung, um den Minister zu entlassen. Das ist natürlich der entscheidende Punkt für eine Entlassung des Ministers. Sie machen sich über uns, die Landesregierung, die Mitarbeiter in den Behörden lustig. Und das ist eben nicht Ihr Job. Machen Sie lieber was Ordentliches!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Punkt 8. „Die teilweise Abordnung des Direktors des Versorgungsamtes Rostock“ und alles, was Sie sonst noch dazu wissen wollten oder auch nicht – Begründung ernst zu nehmen? Das ist für Sie ungeklärt.

Und nun kommen wir zu Punkt 9. „Die Umsetzung des Abteilungsleiters ... erfolgte überstürzt und führt zu andauernden rechtlichen Auseinandersetzungen.“ Meine Damen und Herren, wir brauchen hier gar nicht so weit zurück in die Vergangenheit zu sehen, um festzustellen, dass die CDU tatsächlich so etwas anders handelt. Da wurden großzügig neue Posten irgendwo im Land geschaffen, auf denen sich dann auf wundersame Weise, um Ihren Begriff einmal zu verwenden, plötzlich zu versorgende Leute der CDU wiedergefunden haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Margret Seemann, SPD: Hört, hört!)

Dieses Verständnis von Versorgungsamt müsste man wirklich mal genauer untersuchen.

(Harry Glawe, CDU:
Darüber reden wir noch mal!)

Meine Damen und Herren, ich weiß, ich mute Ihnen mit der umfassenden Würdigung des CDU-Antrages einiges zu,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU:
Nee, überhaupt nicht.)

aber es hilft ja nichts, wir achten die Opposition und was soll die Opposition denn auch tun.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist hoch-
interessant, was Sie da ausführen. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der Wähler hat sie auf die Strafbank gesetzt und das gefällt ihr dann natürlich nicht und fällt ihr extrem schwer. Und trotzdem, meine Damen und Herren, die Opposition hat ein Recht darauf, ernst genommen zu werden,

(Harry Glawe, CDU: Nur Plattitüden!)

auch wenn es wirklich schwer fällt.

(Götz Kreuzer, PDS: Ganz genau.)

Und es fällt einem wirklich schwer, wenn man sich die Methode der CDU, genauer gesagt, von Herrn Rehberg und seinen Mitstrategen ansieht.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kreuzer?

Volker Schlotmann, SPD: Im Moment bitte nicht.

(Götz Kreuzer, PDS: Ganz schnell. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Im Moment bitte nicht.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Schlecht eingeübt.)

Sehen Sie, diese infame Unterstellung des Kollegen Rehberg „Schlecht eingeübt“ – das war jetzt so ein Zwischenruf, damit das auch mal die Tribüne mitbekommt –, das ist so eine miese Art, die Sie hier manchmal an den Tag legen. Im Gegensatz zu Ihnen machen wir so etwas nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Aber es passte zur Methode, auf die ich jetzt nämlich zu sprechen komme. Wie sieht sie also aus, die CDU-Methode? Man nehme einen Minister, möglichst PDS im Moment – schützt uns als SPD natürlich überhaupt nicht –, stelle öffentliche Behauptungen und Verdächtigungen auf,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

und zwar ohne irgendeinen juristischen Beweis, und fordert dann den Rücktritt, weil der Minister die öffentlich aufgeworfenen Fragen nicht in Ihrem Sinne beantwortet. Aber aufgepasst! Die Antworten interessieren Sie dann auch gar nicht mehr.

(Irene Müller, PDS: Da müsste man ja auch
Verstand haben. – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

Allein mit dem Aufwerfen der Fragen hat die CDU, haben Sie doch schon Ihr Ziel erreicht. Das ist doch Ihre

Methode. Das Wort „Unschuldsumutung“ befindet sich nicht in Ihrem Wortschatz – da haben Sie schon immer ein paar Probleme mit gehabt – und der Lern- und Wandlungsprozess der ehemaligen Blockpartei ist an der Stelle auch noch nicht fortgeschritten. Und dann haben wir hier erlebt, wie ein Rechtsanwalt im Privatberuf, dessen Kompetenz ich in dem Bereich bis zu dieser Sitzung eigentlich immer geschätzt hatte,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

versucht, den Landtag hier als Tribunal gegen einzelne Minister zu missbrauchen, hier so eine Art Ersatzgerichtsverhandlung zu führen. Und das, meine lieben Damen und Herren von der CDU, lassen wir Ihnen hier nicht durchgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, ich würde behaupten, das ist ein sehr fragwürdiges Verständnis vom Rechtsstaat, wie ich meine. Sie arbeiten hier mit Diffamierungen und Unterstellungen, betreiben Kampagnen gegen SPD- und PDS-Politiker. Wirklich wahrhaft christlich, das kann man nur sehr deutlich sagen!

Aber wir dürfen eigentlich nicht überrascht sein. Wir kennen das. Wir kennen das seit mindestens drei Jahren, wenn nicht noch länger. Auf die gleiche Weise, meine Damen und Herren von der CDU, haben Sie versucht, unseren ehemaligen Fraktionskollegen Bräunig im Landratswahlkampf müde zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Man muss auch hingucken, wer das war. –
Reinhard Dankert, SPD: Das wissen wir doch.)

Ohne Interesse, wer dahinter steckt, mit Lügen und Intrigen haben Sie versucht, ihn kaputtzumachen, kaputtzukriegen.

(Heinz Müller, SPD: Und den
Wählerwillen auszuhebeln.)

Und der Wählerwille interessiert Sie dabei einen Schiet, um das mal so zu sagen.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie rennen mit dem moralischen Zeigefinger durchs Land und haben selbst so viele Schwierigkeiten mit diesem Begriff, dass es fast schon albern aussieht und Ihnen dieser Finger abfallen müsste.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Neben Koch, Kohl und Beich haben wir eine CDU-Fraktion, die wirklich keinen Kuhfladen auslässt, um reinzutreten.

Meine Damen und Herren, ein beliebtes Mittel zur Meinungsäußerung von Bürgern in unseren Zeitungen und Zeitschriften ist die Form des Leserbriefes. Das hat sich die CDU dann wohl auch gedacht. An einem Tag, an dem sich der neue alte Rehberg, ich zitiere, „erschüttert“ zeigte über die angeblich zahlreichen Hinweise, wie so immer sehr diffus formuliert, über die zahlreichen Hinweise, dass Medienvertreter, wir müssten sie mal fragen, und Mitarbeiter des Arbeitsministeriums durch das Ministerium massiv unter Druck gesetzt würden, an diesem Tag also kommt es dann zur CDU-Leserbriefkampagne. Wissen Sie, Kollege Rehberg, schämen Sie sich, gerade an einem solchen Tag selbst die Medien in einer solchen Art und

Weise manipulieren zu wollen! Bayern ist ja immer so Ihr Vorbild. In Bayern würde man das hinterfotzig nennen und keinem durchgehen lassen, auch keinem CDU-Mann.

(Rainer Prachtl, CDU: Was haben Sie für Worte? Kuhfladen, hinterfotzig.)

Dazu passend ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Dazu passend ...

(Rainer Prachtl, CDU: Sie sollten sich schämen!)

Sie sollten sich schämen, Kollege Prachtl!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Dazu passend und äußerst aufschlussreich ...

(Rainer Prachtl, CDU: Sind wir hier im Parlament oder sind wir auf Sankt Pauli?)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, ...

(Barbara Borchardt, PDS: Ja, wo sind denn Ihre Abgeordneten? – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Rainer Prachtl, CDU: Eine Frechheit ist das!)

Herr Abgeordneter Schlotmann, ich bitte Sie, die Verwendung unparlamentarischer Worte in der Rede zu unterlassen.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU – Sylvia Bretschneider, SPD: Das sind aber keine unparlamentarischen Worte gewesen. – Gerd Böttger, PDS: Wenn er Scheiße gesagt hätte, ja, aber ...!)

Volker Schlotmann, SPD: Da wollen wir uns gerne mal drüber unterhalten, Kollege Prachtl. Ich kenne da noch so Zeiten, aber ...!

(Rainer Prachtl, CDU: Nun halten Sie mal eine Rede mit Anstand hier!)

Kollege Prachtl, das entscheiden Sie, ja? Das entscheiden Sie.

(Rainer Prachtl, CDU: Sie treten ja hier als Oberlehrer auf.)

Ich komme dazu. Sie können das gleich mal Ihrem Fraktionsvorsitzenden sagen. Das passt da hervorragend.

(Rainer Prachtl, CDU: Ja, da müssen Sie sich beide vielleicht mal darüber unterhalten. – Sylvia Bretschneider, SPD: War das jetzt Kritik am Fraktionsvorsitzenden?)

Dazu passend und äußert aufschlussreich in diesem Zusammenhang fand ich dann die Äußerung der Pressesprecherin Ihrer CDU-Fraktion. Ich gehe davon aus – es gab bisher kein Dementi –, dass diese im Namen des Fraktionsvorsitzenden Herrn Rehberg und damit der gesamten Fraktion gesprochen hat, wenn sie in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 8. September diesen Jahres, also noch gar nicht so lange her, wie folgt wiedergegeben wird – und Herr Born hat hier ja nun die Absolutheit der Presse deutlich gemacht –, ich zitiere aus der „Süddeutschen Zeitung“: „Die Sprecherin der CDU-Landtagsfrak-

tion ... bedauerte diese Aktion“ – die Leserbriefaktion – „als ‚unprofessionell‘.“ Und weiter, man höre und staune: „Für kleine Schweinereien sind wir als bürgerliche Partei zu doof“.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, PDS und Ministerin Sigrid Keler – Heinz Müller, SPD: Aha! Aha!)

Meine Damen und Herren, Recht hat sie. Bravo!

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Denn für die großen Schweinereien war und ist die CDU nicht zu doof gewesen, um bei den Worten Ihrer Pressesprecherin zu bleiben. Ich möchte uns das ersparen, die lange Liste der Verfehlungen der CDU hier auszubreiten.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Muss auch nicht sein. – Ministerin Sigrid Keler: Das ist eine schöne Versprechung.)

Aber der MdB Kohl, dessen Ehrenwort in dieser Republik immer noch mehr wiegt als die Gesetze dieser Republik, wäre da ein Beispiel

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

oder auch konkret zu dieser Sondersitzung ein Papier, genannt „Fakten und Widersprüche zu den Vorgängen im Arbeitsministerium Mecklenburg-Vorpommern“.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Hören Sie doch bitte mal zu, Kollege Glawe!

(Harry Glawe, CDU: Jaja. Tragen Sie mal sachlich vor!)

Ja, ich weiß, Sie arbeiten im Parteauftrag,

(Harry Glawe, CDU: Sie reden so eine schwache Rede hier.)

aber hören Sie doch wirklich mal zu!

(Heinz Müller, SPD: Das fällt ihm schwer. Er muss palavern.)

Also noch mal, ein Papier, genannt „Fakten und Widersprüche zu den Vorgängen im Arbeitsministerium Mecklenburg-Vorpommern“. Ich habe es mir jetzt verkiffen, Ihnen das Papier hier auch hochzuhalten. Dieses Papier kursiert seit einigen Tagen. Aber weder vorne auf der ersten Seite, wo es üblicherweise vermerkt sein sollte, noch hinten gibt das Papier seinen Verfasser preis. Im Text allerdings erfährt der geneigte Leser des Pamphletes dann, ich zitiere: „Fazit: Aus Sicht der CDU-Fraktion ...“ Meine Damen und Herren, ein übles Machwerk und sicher ohne Juristen verfasst, gegen deren Berufsehre ein solches Papier garantiert verstoßen würde, wie im Antrag auch nur Behauptungen wie „konnte bislang nicht belegt, aber auch nicht ausgeräumt werden“, „erscheint mehr als fraglich“ oder auch „Probleme der Befangenheit bzw. des Anscheines der Befangenheit sind nicht geklärt“.

(Peter Ritter, PDS: Fakten, Fakten, Fakten.)

Ganz spannend wird es aber dann, wenn in diesem Papier seitenweise aus dem Bericht der Innenrevision des Arbeitsministeriums zitiert wird. Seitenweise! Ich und viele andere sind bisher davon ausgegangen, dass solche Papiere grundsätzlich erst einmal dem Dienstgeheimnis unterliegen. Ich empfehle, man sollte diesem Vorgang mal

nachgehen, zumal die Weitergabe eines solchen Papiers, wie wir jetzt natürlich sehen können, nicht nur unter disziplinarischem Gesichtspunkt von Bedeutung sein kann.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist aber doch der schwarze Filz. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Tja!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend Folgendes zusammenfassen. Arbeitsminister Holter hat in der Sondersitzung des Bau- und des Finanzausschusses und in einem offenen Brief zu den Vorwürfen umfangreich Stellung genommen. Er hat die Prüfung der Vorwürfe durch eine Revision seines Hauses veranlasst, ebenso sehr wie eine externe Prüfung durch den Landesrechnungshof. Da sage ich, gut so.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Na klar, Sie von der CDU können, dürfen und wollen die Prüfung durch den Landesrechnungshof ja gar nicht abwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Margret Seemann, SPD: Genau.)

Der Minister muss nämlich vorher zu Fall gebracht werden. Warum eigentlich, frage ich Sie. Erwarten Sie vielleicht, dass der Landesrechnungshof den Minister bestätigt. Für uns als SPD-Fraktion gibt es keinen Anlass, den Ausführungen von Minister Holter nicht zu glauben. Im Gegensatz zur Opposition hören wir zu, wenn dieser etwas ausführt und berichtet, und lesen die Unterlagen, die er zur Verfügung stellt.

Ich will es noch einmal zusammenfassen, das, was Sie hier als Antrag vorgelegt haben, ist eine Verspottung des Parlaments, unwürdig einer guten Opposition und verdient nur eine Antwort: Ablehnung. Das einzig Gute am Antrag: Jetzt wissen wir alle – der Landtag, die Medien und die Wähler –, nichts Neues bei der CDU, Altes nur aufgewärmt, der neue bleibt der alte Rehberg. Wir sagen zum Antrag der CDU: Nein!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Schlotmann, gestatten Sie noch eine Anfrage des Abgeordneten Kreuzer? (keine Zustimmung)

(Irene Müller, PDS: Schade, das war so schön. – Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS.

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Aktuelle Vorgänge im Ministerium für Arbeit und Bau, im Justizministerium und in der Staatskanzlei sowie die Situation der Arbeitsmarktpolitik“, so der Titel der von der CDU beantragten Sondersitzung.

Aktuelle Vorgänge: „Ich habe mir“ – einer Leserbriefvorlage der CDU folgend – „extra mal den Spiegel gekauft, um nachzulesen, was da los ist.“ Gefunden habe ich im Zusammenhang mit einer Firma, die immer wieder eine Rolle spielt und auch heute hier schon oft genannt wurde, unter anderem die Jahreszahlen 1992, 1993, 1994. Deutlich wird also, dass es bei dieser Firma nicht um die Holter-Beratungsfirma oder um Genossenfilz gehen kann,

sondern um einen langjährigen Partner aller Vorgängerregierungen hier in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Will man von dem, meine sehr verehrten Damen und Herren, was dieser Firma jetzt vorgeworfen wird, nichts gewusst haben? Oder gibt es nichts, was man der Firma vorwerfen kann?

(Sylvia Bretschneider, SPD: Tja!)

Eine Antwort darauf gibt die CDU freilich nicht. Es ist auch leichter, sich an Mutmaßungen zu beteiligen, Verdächtigungen zu streuen und Kampagnen zu schüren.

Auf der Suche nach aktuellen Vorgängen bin ich dann auch wie Kollege Schlotmann auf die CDU-Chronik „Fakten und Widersprüche zu den Vorgängen im Arbeitsministerium Mecklenburg-Vorpommern“ gestoßen. Großspurig wird dort behauptet: „Die nachfolgende Zusammenstellung berücksichtigt nur belegbare Fakten ...“ Wenige Seiten später findet man die Feststellung: „Eine direkte bzw. indirekte Einflussnahme seitens des Staatssekretärs oder Ministers konnte bislang nicht belegt werden, aber auch nicht ausgeräumt werden.“

Belegbare Fakten, meine sehr verehrten Damen und Herren? – Weit gefehlt. Um das öffentliche Interesse an der Thematik wach zu halten, regte die CDU nicht nur die bekannte Leserbriefkampagne an, nein, es werden bis zum heutigen Tag Behauptungen aufgestellt, Verdächtigungen geäußert. Bewiesen wurde aber bis jetzt nichts,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

auch nicht durch die Reden von Herrn Born und Herrn Rehberg. Im Faktenpapier heißt es dann zum Beispiel: „In der Arbeitsmarktpolitik werden Zuwendungen im dreistelligen Millionenbereich vergeben, die eigentlich den Arbeitslosen ... zugute kommen und ihnen eine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt ermöglichen sollen.“ Durch den vorangestellten Hinweis im Faktenpapier auf angebliche persönliche Verquickungen wird damit der Vorwurf erhoben, durch die Arbeit des PDS-Arbeitsministers seien den Arbeitslosen im Land Zuwendungen in dreistelliger Millionenhöhe vorenthalten worden.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist ungeheuerlich.)

Das aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist unwahr, das ist unseriös, das aber ist CDU-Opposition in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und auf der Suche nach aktuellen Vorgängen stieß ich dann auch auf das Haushaltskapitel 0201, Titel 511.52, 422.01 und 42.501.

(Barbara Borchardt, PDS: Das kennen sie gar nicht.)

Die Haushaltsexperten unseres Landtages werden sich vielleicht verwundert die Augen reiben, denn diese Haushaltstitel kennen sie nicht, können sie auch nicht kennen, denn es sind Haushaltstitel aus dem Haushalt des Freistaates Sachsen

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

mit dem Titel „Büro Frau Biedenkopf“.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

Eingestellt sind in den Jahren von 1996 bis 1999 allein
rund 83.000 DM für Geschäftsbedarf, hinzu kommen jähr-
liche Personalkosten für drei Mitarbeiter für das Büro Frau
Biedenkopf.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Ooh! Hört, hört! –
Barbara Borchardt, PDS: Das ist auch ÖBS
à la Sachsen. – Reinhard Dankert, SPD:
Das ist öffentlicher Beschäftigungssektor.)

Die sächsische Staatskanzlei lässt in einem Schreiben
an den sächsischen Datenschutzbeauftragten wissen:
„Das Büro Frau Biedenkopf ist eine in die Staatskanzlei
eingegliederte Organisationseinheit ... die neben Frau Bie-
denkopf aus einer Referentin, einer Sachbearbeiterin
sowie einer Sekretärin besteht.“ Ehefrauenaffäre, meine
sehr verehrten Damen und Herren von der CDU? Die CDU
im Freistaat Sachsen schafft auf Staatskosten für die Gat-
tin des Ministerpräsidenten ein eigenes Büro. Aus Sicht
der CDU offenbar völlig normal. Die Frau des stellvertre-
tenden Ministerpräsidenten unseres Landes arbeitet nach
langer Arbeitslosigkeit in einer Firma, lange vor dem
Amtsantritt ihres Gatten eingestellt. Aber aus Sicht der
hiesigen CDU völlig unnormal. Mit welchen Maßstäben
messen Sie eigentlich, meine sehr verehrten Damen und
Herren?

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Deutlich wird nur eines: Ihnen ist jedes Mittel recht, die
Arbeit der Landesregierung in Misskredit zu bringen.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Sippenhaft nennt man so etwas.)

Und dieses Ziel beschreiben Sie ohne Hemmungen
ebenfalls in Ihren Leserbriefvorlagen, ich zitiere wiederum
aus den Leserbriefen: „... außerhalb der Landesgrenzen
entsteht der Eindruck, dass in Mecklenburg-Vorpommern
Filz und Familienbande statt Recht und Gesetz politisches
Handeln bestimmen.“ Deutliche, den CDU-Mitgliedern
des Landes in die Federn diktierte Warnung an alle Welt:
Hütet euch vor Rot-Rot! Zur Untermauerung heißt es dann
im Faktenpapier: „Die gegenwärtige Arbeitsmarktpolitik
der Landesregierung, immerhin das Kernstück des PDS-
Partei- und Regierungsprogramms, ist nur noch ein deso-
later Scherbenhaufen.“

(Beifall Nils Albrecht, CDU)

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, Arbeits-
marktpolitik, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war, ist
und bleibt Kernstück der PDS-Politik und Schwerpunkt
der Landesregierung. Und uns allen ist dabei vollkommen
klar, dass es noch einige Zeit dauern wird, bis wir den
Scherbenhaufen auf dem Arbeitsmarkt weggeräumt
haben, den wir als Erblast Ihrer Regierungszeit überneh-
men mussten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und weil Sie das genau wissen und weil Sie von dieser
Verantwortung ablenken wollen, werfen Sie in Ihrem Fak-

tenpapier Minister Holter alles Mögliche vor, ohne zu
bemerken, wie sehr Sie in Ihren eigenen Widersprüchen
gefangen sind.

Nicht zum ersten Mal kritisieren Sie zum Beispiel das
Programm „Jugend baut“ als unnötig. Wenige Zeilen spä-
ter werfen Sie dem Arbeitsminister aber vor, keine Kon-
zepte gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu ent-
wickeln. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich
auch an einen Besuch des Arbeitsministers in Altentrep-
tow. Die Bürgermeisterin der Stadt bat den Minister drin-
gend um weitere Mittel aus diesem für sie durchaus nicht
sinnlosen Programm. Dreimal dürfen Sie raten, welches
Parteibuch die Bürgermeisterin hat!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie hat ein Amt.)

Sie werfen Herrn Holter Verschwendung von öffentlichen
Geldern in zweistelliger Millionenhöhe vor. Jugend- und
Schulsozialarbeit, meine sehr verehrten Damen und Her-
ren, ist also für Sie Verschwendung? Im Jahr 2001 erhalten
alle Landkreise und kreisfreien Städte im Rahmen der Lan-
desinitiative 3,50 DM pro 10- bis 26-jährigen Einwohner.
Die Landesregierung stellt also allein in diesem Jahr
13,5 Millionen DM zur Verfügung – Mittel, die auch von
CDU-geführten Kreisen dankend angenommen werden.

(Barbara Borchardt, PDS: Außer von Demmin.)

Sie verschweigen, dass der Arbeitsminister zum Bei-
spiel im laufenden Schuljahr 292.000 DM zur Unterstüt-
zung von Schülerfirmen bereitstellt. Sie verschweigen,
dass die Zahl der jüngeren Arbeitslosen unter 25 Jahren
im August um 2.200 gegenüber dem Vorjahresmonat
abgenommen hat.

(Harry Glawe, CDU: Das ist wieder auf
hohem Niveau. Das wissen Sie genau.)

Sie verschweigen, dass über GAP im Jahr 2000 698
und bis zum 31. Juli 2001 215 Menschen unseres Landes
eine Arbeit erhielten – natürlich, meine sehr verehrten
Damen und Herren, auch in meinem Landkreis nur ein
Tropfen auf dem heißen Stein, aber Beleg dafür, dass Hel-
mut Holter und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ver-
suchen, auch über neue Wege Möglichkeiten zur
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in unserem Land zu fin-
den.

Was Ihnen in diesem Zusammenhang einfiel, waren
regelmäßige Wahlkampf-ABM und eine fortschreitende
Verschuldung des Landes, Fakten, mit denen nicht nur
das Arbeitsministerium heute und in Zukunft zu kämpfen
hat.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie verschweigen aber auch bewusst, dass mit Unter-
stützung des Arbeitsministeriums Bildungsträger im Land
verstärkt in die Lage versetzt wurden, Migrantinnen und
Migranten bei der beruflichen und sozialen Integration in
unserem Land zu helfen. Wer aber wie Sie den Beck-
stein'schen Thesen zur Einwanderungsproblematik ver-
haftet ist, dem ist so etwas natürlich ein Dorn im Auge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Verlauf der
Kampagne ist offenbar selbst Ihnen bewusst geworden,
dass Ihr Konstrukt aus Behauptungen und Vermutungen
nicht mal mehr mit einer Leserbriefaktion zu retten wäre.
Was in solchen Situationen dann immer wieder hilft, sind
Diskussionen über Stasisverstrickungen. Ja, meine sehr

verehrten Damen und Herren, ein Thema, bei dem Emotionen immer eine wichtige Rolle spielen, ein Thema, dem sich besonders meine Partei zu stellen hat,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das merken wir.)

aber nicht nur meine. Ein Thema, Herr Riemann, das aber herzlich wenig geeignet ist, sein politisches Süppchen darauf zu kochen.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, die Regierung und die Koalition aus SPD und PDS haben sich zu einem anderen Umgang mit dieser Thematik verständigt. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Ziel der Aufarbeitung muß es sein, Brücken zu bauen und alle Menschen, die die Zukunft demokratisch und gerecht gestalten möchten, zur Mitarbeit am Aufbau Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen.“ Zitatende.

(Wolfgang Riemann, CDU: Filzbrücken.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liest man die Tätigkeitsberichte des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und nimmt man die dort veröffentlichten Zahlen zur Kenntnis, kann man zu der Erkenntnis kommen, dass auch andere Landesregierungen bei der Weiterbeschäftigung von ehemaligen Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes ähnlich handelten. Schauen Sie sich die Zahlen an! Auch ein Blick in die Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD aus dem Jahre 1994 ist sehr interessant, denn dort heißt es: „Ziel muß es sein, Brücken zu bauen und nicht Menschen auszugrenzen ...“ Zitatende.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Brücken aus Filz, Herr Ritter.)

Lesen Sie also den Koalitionsvertrag, lesen Sie die Berichte des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes noch einmal! Sie werden feststellen, dass es eine Reihe von Menschen gibt, denen in unserem Land eine zweite Chance, eine neue Chance gegeben wurde, ihr Leben neu zu gestalten, ihren Anteil an der Entwicklung unseres Landes zu leisten. Eine zweite Chance, meine sehr verehrten Damen und Herren, selbst die CDU gibt doch Herrn Schabowski zurzeit eine zweite Chance als Wahlkampfleiter von Herrn Steffel.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ob das allerdings hilft, das wage ich an dieser Stelle zu bezweifeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist also das Fazit der heutigen Sondersitzung?

Erstens. Keiner der gegen das Arbeitsministerium, das Justizministerium und gegen die Staatskanzlei erhobenen Vorwürfe konnte bisher bewiesen werden, nicht einmal mit dem so genannten Faktenpapier der CDU, das mit Unterstellungen und Behauptungen und eben nicht mit Fakten arbeitet.

Zweitens. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in unserem Land ist alles andere als befriedigend. Während Regierung und Koalition aber versuchen, diese schwierige Situation auch mit neuen Mitteln und Wegen zu ändern, gibt es seitens der Opposition keinerlei konkrete Vorstellungen. Sie erfüllen, wie hier schon oft festgestellt, Ihren Verfassungsauftrag schlecht oder gar nicht.

Drittens. Wir werden uns auch künftig nicht an Spekulationen und Vermutungen beteiligen, sondern vertrauen lieber auf Fakten. Deshalb werden wir uns intensiv mit den Prüfergebnissen des Landesrechnungshofes auseinander setzen.

Viertens. Die CDU hätte die Zeit, die sie für ihr so genanntes Faktenmaterial benötigt hat, besser nutzen sollen, um konkrete Politikvorschläge im Interesse unseres Landes zu erarbeiten.

Und schließlich fünftens, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Wunder ist ausgeblieben: Herr Rehberg und seine CDU sind nicht erneuerungsfähig.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznel: Danke, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Fraktionsvorsitzende Herr Rehberg von der Fraktion der CDU.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Herr Holter, es geht nicht um Trends, es geht um Menschen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Daran sollten Sie mal denken, Herr Rehberg!)

Wenn Sie von Trends reden, dann sage ich Ihnen den neusten, bitter für dieses Land: der letzte Platz mit minus 2,1 Prozent Wachstum Bruttoinlandsprodukt erstes Halbjahr 2001 zum vergangenen Jahr. Das sind bittere Trends, die wir zur Kenntnis nehmen müssen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist die Wahrheit.)

Und ich hätte erwartet, dass man sich wirklich auseinander setzt mit der „Arbeitsmarktpolitik“. Herr Holter, die Zahl 825 in ÖBS und „Jugend baut“, die nehme ich gerne zur Kenntnis,

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

nur dann müssen Sie sich doch selber mal die Mühe machen, die 23,5 Millionen Euro – und ich weiß, es ist schwer, in Ihrem Haushalt durchzusteigen, weil alles miteinander deckungsfähig ist –, dann setzen Sie hier pro Nase 50.000 DM oder 25.000 Euro ein! Das sind doch die Relationen. Da müssen Sie sich doch mal selber fragen, ob dieses Geld sinnvoll und effizient eingesetzt wird, um Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen, oder ob das Geld nicht woanders im Investitionsbereich viel sinnvoller eingesetzt werden könnte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Holter, Herr Kollege Schlotmann, Herr Ritter, Sie sind doch die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, warum ist das Programm Arbeit statt Sozialhilfe, was wir als sinnvoll erachten, eingestellt worden. Was machen Sie denn in diesem Segment? Verschieben Sie die Kosten komplett auf die Landkreise und kreisfreien Städte?

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. – Harry Glawe, CDU: 40 Millionen weniger.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben mir hier die eine oder andere Vorhaltung gemacht. Ich will nur eins sagen, Herr Ministerpräsident, zu meiner Pressemit-

teilung von Anfang September, was die Medien betrifft: Kucken Sie sich den Vorgang des Mitglieds des Landesrundfunkrates Herrn Friese ganz genau an, wie er versucht hat, Einfluss zu nehmen auf die Berichterstattung des Norddeutschen Rundfunks.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. So ist es.)

Kucken Sie sich das ganz genau an!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ein Skandal!)

Und ich bin an diesem Punkt jederzeit bereit, Herr Ministerpräsident und Herr Minister Holter, mich mit Ihnen hinzusetzen und Belege dafür beizubringen, wie Herr Friese hier agiert hat.

(Siegfried Friese, SPD: Bringen
Sie doch mal Belege dafür!)

Und wenn Sie noch weitere Belege haben wollen, ich bin sehr, sehr gerne bereit.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Herr Friese, ich würde an Ihrer Stelle ein bisschen vorsichtig sein.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Das, was Sie da gemacht haben, hätte normalerweise dazu führen müssen, dass Sie von Ihrer Partei aus dem Landesrundfunkrat rausgenommen hätten werden müssen. Das ist die Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Siegfried Friese, SPD: Nein. Nein, nein.)

Und lassen Sie mich noch ein Drittes sagen, Herr Kollege Schlotmann. Den Bericht des Ausschusses, den wir selber eingesetzt haben zur Prüfung, ob jemand von uns offiziell oder inoffiziell Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit war, den haben wir zur Kenntnis bekommen. Und da wird schlichtweg festgestellt, es wird ganz einfach festgestellt von Herrn Mothes und zwei Richtern, die übrigens nicht alle drei aus dem Westen stammen, dass Herr Bräunig knapp zwei Jahre fürs Ministerium gearbeitet hat. Punkt. Nicht mehr und nicht weniger.

(Unruhe bei Volker Schlotmann, SPD,
und Harry Glawe, CDU)

Und wenn dann ein Ministerpräsident dieses Landes einen Ausschuss in der Art und Weise beschimpft, dessen Auftrag, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, und die personelle Zusammensetzung von diesem Landtag mit einer guten Zweidrittelmehrheit beschlossen wurden, dann frage ich mich: Hat das etwas mit Brücken bauen, mit Versöhnung zu tun? Oder hat das nur etwas mit Machtkalkül und Machtpolitik zu tun?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eine abschließende Bemerkung: Wissen Sie, meine Damen und Herren von SPD und PDS, mir ist eins klar und

das ist Demokratie und das ist gut so. Und deswegen haben wir Presse- und Meinungsfreiheit, deswegen haben wir auch die Versammlungsfreiheit. Journalisten sind in aller Regel weder auf dem einem noch auf dem anderen Auge blind. Die machen ihre Arbeit. Und wer meint, dass die CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommerns so viele Medien, ob regional oder überregional für sich vereinnahmen kann,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das meinen wir doch gar nicht.)

ich glaube, der sieht sich mehr als getäuscht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das meinen wir doch gar nicht.)

Und gehen Sie bitte davon aus, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Darüber
sind Sie doch schon ganz traurig. –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Herr Schoenenburg, ich würde an Ihrer Stelle auch persönlich ganz still sein bei diesem Thema, ganz, ganz still sein.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach warum?!)

Gehen Sie davon aus, dass die Medien weiterarbeiten werden.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Davon gehen wir aber allemal aus.)

Wissen Sie, ganz einfach, Herr Schlotmann, um in Ihrem Jargon zu bleiben, im Bauministerium, im Arbeitsministerium, da stinkt es zum Himmel. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2298. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2298 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 17. Oktober 2001, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12.41 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Lorenz Caffier, Bärbel Nehring-Kleedehn und Steffie Schnoor.